



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 9

September 1972

AIB-Aktuell

S. 2

Israel

KPI: Für die Verwirklichung der Rechte des arabischen Volkes
von Palästina

S. 3-7

Palästina

Karte

N. Ashhab:

Die Krise der palästinensischen Widerstandsbewegung
muß überwunden werden

S. 8

S. 9-14

Chile

E. Hackethal:

Unaufhaltsamer revolutionärer Prozeß

S. 14-15

DRV

Truong Chinh:

Die gegenwärtige Arbeit der Front

S. 16-22

Kurzinformationen

S. 23-24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-AKTUELL

Abgesehen von der Verantwortung, die auch die Regierungen der BRD und Israels für das Massaker von München tragen - die schwedische Regierung jedenfalls zeigte, wie die Ermordung Unschuldiger verhindert werden kann - , wird niemand die Tötung der israelischen Sportler durch arabische Terroristen gutheißen oder entschuldigen können. Diese politisch motivierten Terroraktionen trafen weder diejenigen, die für den Aggressionskrieg Israels gegen die arabischen Völker Verantwortung tragen, noch waren sie geeignet, der gerechten Sache der arabischen Völker zu nutzen.

Im Gegenteil: Betrachtet man die Reaktion der Presse der "westlichen Welt" und ihrer offiziellen Vertreter, so wird augenfällig, daß die allgemeine Empörung über das Massaker, das ja ausschließlich den Arabern zur Last gelegt wird, die Frage nach den Ursachen so gewaltsam sich entladender Konflikte verbietet; Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes in der westdeutschen Bevölkerung zu wecken, ist nicht nur fast unmöglich geworden, sondern wird geradezu kriminalisiert. Dagegen werden die andauernden Kriegsverbrechen der israelischen Regierung, ihre ständigen Überfälle auf ihre Nachbarländer, und die permanente Mißachtung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates nachträglich zu rechtfertigen versucht.

Wer sich aber über die Mißachtung der fundamentalen Rechte der arabischen Völker durch den israelischen Imperialismus empört, wer gar die Anwendung von Gewalt zur Beseitigung ungerechter, unmenschlicher Verhältnisse billigt, wird mit den Terroristen identifiziert.

Dies geschieht nicht ohne Absicht. Schon hat Springers "Welt" am 7.9.72 zum "Widerstand" gegen die "ungezügelter, durch keine verbindliche und verbindende Moral mehr eingedämmten Kräfte des jungen, unreifen Nationalismus, kombiniert mit sozialistischem Gesellschaftskampf" aufgerufen.

Diese Art von moralischer Entrüstung entlarvt sich als widerwärtige Heuchelei, wenn sie von so notorischen Völkermördern wie Nixon, seinen Helfershelfern und bezahlten Schreibern geäußert wird: nicht der barbarische Völkermord der US-Regierung in Vietnam, nicht die bewußte Zerstörung der Dämme und Deiche, der Einsatz von Chemikalien, von Napalm, nicht die seit Jahren unzählige Male begangenen Massaker an der vietnamesischen Bevölkerung werden ange-

2 klagt und nicht die israelische Aggression ge-

gen seine arabischen Nachbarn. Verurteilt werden nur die Folgen solcher imperialistischen Politik, der Widerstand, der Befreiungskampf der unterdrückten Völker.

Nicht die Länder, "die diese Menschen nicht an ihrem Tun hindern", tragen - wie Bundespräsident Heinemann meint - die Verantwortung, sondern die imperialistischen Staaten, die die Menschen zu einer verzweifelten, mörderischen Reaktion treiben. Damit wird nicht die Tat der arabischen Terroristen gerechtfertigt. Mord, Erpressung und individueller Terror sind keine Mittel, mit denen die berechtigten Forderungen der arabischen Völker nach Beendigung der israelischen Aggression und der Beseitigung ihrer Folgen durchgesetzt werden können.

Terror schadet aber nicht allein den Interessen der arabischen Völker, er schadet auch uns, die wir uns mit ihren Zielen solidarisieren: es geht dabei nicht nur um die Verschärfung der Ausländerbestimmungen oder um die zügellose Hetze, ja Mordhetze gegen alles, was "links" ist. Der Terror erschwert vor allem den gemeinsamen, solidarischen Kampf für die Verwirklichung der Interessen der arabischen Befreiungsbewegungen wie aller um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

BESTELLUNGEN

für das
"Antimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:
für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,- DM einschließlich Porto
Einzelpreis: 1,50 DM
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Die beiden im folgenden abgedruckten Texte scheinen uns zur Erhellung der gerade gegenwärtig verstärkt im Vordergrund stehenden Fragen nach der Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes einen geeigneten Hintergrund zu liefern.

Die Kommunistische Partei Israels (KPI) analysiert ihre Position zur Aggression Israels gegen das arabische Volk von Palästina, die besonderen Bedingungen, die sich für die Beendigung des Krieges aus der Existenz zweier palästinensischer Nationen - der israelischen und der arabischen - ergeben sowie die Täuschungsmanöver der israelischen Aggressoren, die unter Aufrechterhaltung der Okkupation den Eindruck von Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft erwecken wollen.

Ebenso wie die KPI geht Naim Ashhab, ein jordanischer Publizist, davon aus, daß die Verwirklichung der Sicherheitsrats-Resolution von 1967 unerläßliche Voraussetzung für eine Lösung der Krise im Mittleren Osten ist. Der Versuch, das gegenwärtige Kräfteverhältnis realistisch einzuschätzen und auf dieser Grundlage das Verhältnis von politischem Kampf und bewaffnetem Widerstand zu bestimmen, ist Gegenstand seiner Analyse. Dabei beleuchtet er kritisch einige prinzipielle politische und organisatorische Probleme innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung.



ISRAEL

KPI: Für die Verwirklichung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina

Unsere Partei kämpfte während dieser Jahre für eine politische Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes auf friedlichem Wege, für eine Lösung des Palästina-Problems, gegründet auf der gegenseitigen Anerkennung der Rechte der beiden Völker in diesem Gebiet - des israelischen und des arabischen Volkes von Palästina.

Die Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 schuf eine gesetzliche internationale Basis für die Verwirklichung des Rechtes beider Völker auf Selbstbestimmung. Der Imperialismus, der den Krieg von 1948 auslöste, ist - zusammen mit der zionistischen Reaktion und reaktionären Kräften in den arabischen Ländern - verantwortlich für die palästinensische Tragödie.

Das israelische Volk errang seine nationalen Rechte 1948, während sie gleichzeitig dem arabischen Volk von Palästina genommen wurden. Hieraus schloß unsere Partei bereits vor langer Zeit, daß der Weg zur Friedenssicherung die Anerkennung des Rechtes auf die souveräne Existenz des Staates Israel seitens der arabischen Länder sowie Israels Anerkennung der Rechte der Araber Palästinas einzuschließen hat - insbesondere des Rechtes der arabischen Flüchtlinge, zwischen Rückkehr in ihr Heimatland und Erhalt einer Entschädigung, gemäß der Entscheidung der Organisation der Vereinten Nationen, zu wählen. Wir haben eine Lösung des nationalen Problems, zusammen mit dem territorialen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verlangt - im allgemeinen Interesse von Frieden, antiimperialistischem Kampf und sozialem Fortschritt.

Im Verein mit der zionistischen Führung und unterstützt vom amerikanischen Imperialismus haben die israelischen herrschenden Kreise es sich im Junikrieg zu einem ihrer Ziele gesetzt, mit militärischer Gewalt ein für alle Mal die Rechte des arabischen Volkes von Palästina auszulöschen. Es gelang den Drahtziehern des Junikrieges nicht, dieses reaktionäre Ziel zu erreichen, wie sie auch den Hauptzweck ihrer Aggression verfehlten: den Sturz der antiimperialistischen Regimes von Ägypten und Syrien. Das arabische Volk von Palästina wurde nicht nur nicht von der politischen Karte des Mittleren Ostens gefegt, sondern entwickelte sich vielmehr zu einem gewichtigen Machtfaktor unserer Region, dessen Größe vor dem Krieg nicht einmal erahnt wurde.

Der Junikrieg, die Okkupation, das akute Flüchtlingsproblem - all dies verursachte das Wachsen einer Massenbewegung der palästinensischen Araber. Die Palästinenser-Organisationen gewannen neue Dimensionen. Sie wurden zu einer starken, nationalen, antiimperialistischen Bewegung, die gegen die Okkupation und für die Rechte des palästinensischen Arabervolkes kämpft. Zehntausende palästinensisch-arabische Jugendliche, Arbeiter und Bauern, Studenten und Lehrer, Ärzte und

Rechtsanwälte, Frauen und Mütter, mit anderen Worten: Angehörige aller sozialen Schichten, schlossen sich dem Kampf gegen Okkupation, für die Erlangung der nationalen Freiheit, der menschlichen Freiheit an.

Die jordanische Kommunistische Partei, die das Banner der nationalen und sozialen Befreiung hochhält, spielt eine bedeutende Rolle in diesem Kampf.

Imperialismus und arabische reaktionäre Kräfte arbeiten aufgrund des antiimperialistischen Charakters der nationalen Palästinensischen Bewegung Seite an Seite auf deren Ausrottung hin.

Das palästinensische Araber-Problem wurde verschärft durch eine Anzahl von Gründen, wie: die israelische Regierungspolitik; die Politik der Verweigerung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina und der Ignorierung seiner bloßen Existenz; die Politik brutaler Unterdrückung und der Schaffung vollendeter Tatsachen in den besetzten Gebieten; die Vertreibung einer großen Zahl von Einwohnern aus ihrer Heimat, um die Okkupation und Annexion der besetzten Gebiete an den Staat Israel zu verewigen; die Politik der Mißachtung der Rechte und Leiden der Massen arabischer Flüchtlinge, die seit nunmehr 23 Jahren aus ihrem Heimatland vertrieben und ihrer Ländereien und Wohnungen beraubt sind. Das Elend des arabischen Volkes von Palästina vervielfachte sich aufgrund des Junikrieges und der Weigerung der israelischen Regierung, die UNO-Beschlüsse auszuführen: Weitere Hunderttausende von palästinensischen Arabern wurden zu Flüchtlingen im Gefolge des Junikrieges und der israelischen Weigerung, den UN-Resolutionen nachzukommen, welche die unverzügliche Rückkehr der Flüchtlinge des Junikrieges verlangen.

Das arabische Volk von Palästina hat sich der Okkupation und der Verweigerung seiner Rechte nicht gebeugt, sondern kämpft auf jede mögliche Art für die Befreiung von der Okkupation und die Durchsetzung der ihm zukommenden nationalen Rechte.

Alle arabischen Nationen und die gesamte friedliebende Menschheit stehen auf der Seite des gerechten Kampfes des arabischen Volkes von Palästina.

Der Kampf des arabischen Volkes von Palästina gegen die Okkupation und für die Zurückerlangung der ihm zustehenden nationalen Rechte gibt der Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in Israel Aufschwung. [...]

Unsere IKP gründet ihre Politik auf die Tatsache, daß die historische Entwicklung Palästina in ein Land mit zwei Nationalitäten verwandelt hat, in dem das jüdische Volk neben dem arabischen Volk von Palästina entstand. Diese Auffassung hat nichts gemeinsam mit dem zionistischen ideologischen Versuch, die Vorstellung einer "jüdischen Nation in Palästina" zu vermischen mit der zionistischen These einer "jüdischen territorial nicht gebundenen Welt-Nation", die in Wahrheit überhaupt nicht existiert.

Jeder Nation steht das Recht auf Selbstbestimmung zu. Die durch seine Entwicklung zu einem Zwei-Völker-Land in Palästina entstandene neue Situation verlangt nach einer echten Lösung des Nationalitäten-Problems,

in der jeder Nation, die in diesem Lande lebt, der jüdischen wie der arabischen, das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden wird. Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion waren im 1948er Krieg bemüht, die Errichtung des palästinensisch-arabischen Staates und die Erfüllung des Rechtes der palästinensischen Araber auf Selbstbestimmung gemäß der UNO-Resolution von 1947 zu verhindern.

Die chauvinistische, proimperialistische Politik der herrschenden zionistischen Kreise hat durch ihre Verweigerung der nationalen Rechte der arabischen Nation in Palästina in all diesen Jahren das Haupthindernis auf dem Wege zur Lösung des Palästinaproblems und zur Herstellung von Frieden zwischen den arabischen Ländern und Israel dargestellt.

Nach dem Junikrieg und insbesondere in der letzten Zeit sind gewisse Kreise der Herrschenden in Israel mit neuen Vorstellungen hervorgetreten, deren alleiniger Zweck es ist, die Okkupation zu verewigen, die besetzten Gebiete in eine israelische Kolonie zu verwandeln. Solche Slogans wie "Stärkt den palästinensischen Gedanken!", "Sichert das Selbstbestimmungsrecht des palästinensisch-arabischen Volkes auf dem Westufer und im Gazastreifen!", die propagiert wurden, während die Okkupation weitergeht, sind nichts als Täuschungsmanöver. Weder gibt es, noch kann es unter der militärischen Besetzung durch Israel irgendeine Selbstbestimmung der palästinensischen Araber geben. Auch Parolen wie "Vorsorgen für die Einrichtung einer demokratischen Vertretung der in den besetzten Gebieten lebenden palästinensischen Araber, wodurch Friedensverhandlungen mit Israel eingeleitet werden könnten", und ähnliche sind nichts als Täuschung. Es handelt sich ledig-

lich um den Versuch, die Bildung bestimmter Gruppen, die mit den Besatzerbehörden unter dem Deckmantel von "Demokratie" und "Vertretung der Palästinenser" kollaborieren, zu erreichen.

Dieses Verwirrung stiftende Konzept, das zur Bildung einer "Israelisch-Palästinensischen Föderation" benutzt werden soll, ist unter dem israelischen Besatzungsregime bloße Irreführung.

Eine Anzahl von Israelis, die Frieden wünschen und Gegner der Regierungspolitik sind, vertreten solche Parolen ebenfalls, indem sie von der Regierung die Möglichkeit zur Errichtung einer "Palästinensischen Vertretung" unter der israelischen Besatzung verlangen - um direkte "freie Verhandlungen" über einen Friedensabschluß mit Israel durchzuführen. Objektiv unterstützen diese Initiativen die Regierungspolitik, da sie unter den Bedingungen der Okkupation ausgeführt werden müßten. Die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des arabischen Volkes von Palästina werden erst gegeben sein, wenn die Okkupation beendet wird. Erst wenn der Zustand der Besetzung aufhört, wird sich eine Lage ergeben, die dem arabischen Volk von Palästina die Entscheidung darüber erlaubt, in welcher Weise es von seinem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen will.

Die herrschenden israelischen Kreise machen sich die reaktionäre, proimperialistische Politik des Regimes König Husseins und die gerechtfertigte Feindschaft des arabischen Volkes von Palästina gegenüber Jordaniens herrschender reaktionärer Clique zunutze, um dieses Volk zu spalten, indem sie die Stellung von Kollaborateuren mit den Besatzern stärken, um die Okkupation zu verlängern.

Indessen wird sich die überwältigende Mehrheit des arabischen Volkes von Palästina nicht von den Machenschaften der Besatzungsbehörden irreführen lassen. Die palästinensischen Araber betrachten den Rückzug der israelischen Truppen aus den im Junikrieg besetzten Gebieten im Rahmen der vollständigen Erfüllung der Sicherheitsrats-Resolution als den ersten, grundlegenden Schritt zur Verwirklichung des Rechtes des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung.

Die Okkupanten bedienen sich - neben gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen - politischer Täuschung und ökonomischer Anreize bei ihren verzweifelten Versuchen, Kollaborateure aufzutreiben und die Reihen des arabischen Volkes von Palästina zu unterwandern. Unter

militärischer Besatzung sollten die "Wahlen" zu einer Anzahl von Lokalverwaltungen auf dem Westufer ein Versuch sein, dem Okkupationsregime einen Anstrich von "Legalität", "Liberalität" und "Demokratie" zu geben. Die Erfahrung lehrt, daß es eine "liberale" Okkupation weder gibt noch geben kann. Die israelische militärische Besatzungspolitik unterscheidet sich in keiner Weise von irgendeiner anderen militärisch-kolonialen Okkupation.

Erfolgreich kann ein Kampf gegen zionistische Expansionsbestrebungen und imperialistische Intrigen in unserer Region nur geführt werden auf der Basis eines demokratischen Programms, das die selbstverständlichen Rechte aller Völker berücksichtigt und alle Völker in ihrem antiimperialistischen Kampf zu vereinigen vermag und so imstande ist, die Unterstützung der sozialistischen Welt und aller antiimperialistischen Kräfte zu sichern.

Der Leninistische Ausgangspunkt für eine Lösung des Palästina-Problems wie für jede Lösung nationaler Probleme muß, allgemein formuliert, folgendes berücksichtigen: Die Rechte aller Nationen und ihre Unabhängigkeit, die Interessen des antiimperialistischen Kampfes, des sozialen Fortschritts, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Die Lösung des nationalen Problems ist stets konkret und jeweils abhängig von Ort und Zeit.

In einem von zwei Völkern bewohnten Land ist jede auf eine Nation beschränkte Lösung des Selbstbestimmungsproblems weder prinzipiell richtig noch realistisch. Solch eine Lösung spielt allein den Imperialisten in die Hände, die bestrebt sind, die Völker unserer Region gegeneinander auszuspielen, um sie zu beherrschen. Folgerichtig werden diejenigen Programmpunkte palästinensischer Widerstandsorganisationen, welche Israels Existenzrecht bestreiten, in den Händen der israelischen Herrschenden und der zionistischen Organisationen ebenso wie in der imperialistischen Propaganda als wirkungsvolle politische Waffe ausgeschlachtet. Diese Führer verbreiten demagogisch unter der israelischen Jugend, der gesamten Öffentlichkeit und der öffentlichen Weltmeinung die Theorie des "Wir haben keine Wahl!". Diese Theorie beinhaltet die Behauptung, daß das Problem gegenwärtig nicht der Abzug der Truppen aus den besetzten Gebieten sei, noch die vollständige Erfüllung der Sicherheitsrats-Resolution, sondern die angebliche arabische Weigerung, Israels Existenzrecht innerhalb gleich welcher Grenzen überhaupt anzuerkennen.

Verschiedene palästinensische Widerstandsorganisationen halten an einem Programm zur Bildung eines demokratischen palästinensischen Staates fest. Dieses Programm entspricht nicht der Realität. Es kann keine Diskussion darüber geben, ob ein Staat Israel gebildet werden soll oder nicht. Seine Existenz ist ein Faktum, anerkannt von der Organisation der Vereinten Nationen und von Ländern in der ganzen Welt, im Osten wie im Westen. Ein mit dem Ziel der Zerstörung des Staates Israel gefaßtes Programm ist nicht nur ungerechtfertigt und unrealistisch, sondern legt vielmehr die Lösung der Probleme mit kriegerischen Mitteln nahe, was sowohl gegen die Interessen beider Völker, aller Völker in dieser Region, als auch des Friedens in der Welt verstößt. Ein Konzept, das die Bildung eines demokratischen palästinensischen Staates, auch mit gleichen Rechten für jüdische und arabische Bürger, als Ergebnis der Vernichtung des souveränen Staates Israel vorschlägt, ist prinzipiell falsch und dient allein den Interessen der gemeinsamen Feinde des arabischen Volkes von Palästina und des israelischen Volkes, d.h. denen des Imperialismus und seiner Helfer in Israel und den arabischen Ländern. Wir müssen einsehen, daß gewisse zionistische Führer in ihrem Verlangen, den Status der Okkupation zu verewigen und dem arabischen Volk von Palästina sein Recht auf Selbstbestimmung vorzuenthalten, sich diese Forderung zueigen gemacht haben.

In fernerer Zukunft mag es möglich sein, wenn man alle Entwicklungsbedingungen berücksichtigt, sogar eine Föderation aller Länder in unserem Teil der Welt zu gründen. Wie immer die Zukunft auch aussehen mag, kann jedoch jede Art der Zusammenarbeit zwischen den Ländern nur das Ergebnis des freien Willens dieser Länder sein. Unsere Kommunistische Partei hat stets auf dem einzig richtigen Weg bestanden, der Israel instand setzen kann, Frieden und Verständigung mit den arabischen Völkern einschließlich des palästinensischen zu erreichen. Der Weg, dem zu folgen wäre, wird durch das Motto verdeutlicht: "Zusammen mit den arabischen Nationen gegen den Imperialismus, nicht mit dem Imperialismus gegen die arabischen Nationen!".

Der Standpunkt, der das Existenzrecht des Staates Israel ablehnt, veranlaßt Teile der palästinensischen Organisationen und einige arabische Regierungen, sich der Erfüllung der Sicherheitsrats-Resolution vom 22. November 1967 zu widersetzen.

Die Sicherheitsrats-Resolution ist ein von den Großmächten und den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates geschlossener Kompromiß. Die Resolution stellte sowohl den prinzipiellen Gesichtspunkt des Problems in Rechnung - die Rechte der Nationen - als auch die Machtverhältnisse in der Welt, in der nach wie vor zwei verschiedene Weltsysteme - Sozialismus und Kapitalismus - bestehen, wie auch die Machtverhältnisse in dieser Region.

Die Sicherheitsrats-Resolution trägt einen positiven Grundzug sowohl vom Standpunkt der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im mittleren Osten und in der israelischen Welt, als auch vom Standpunkt der Sicherung der Rechte der Völker, unter Einschluß der Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Dem arabischen Volk von Palästina würde die Durchführung der Sicherheitsrats-Resolution es ermöglichen, in sein Land zurückzukehren, das von Israel seit dem Junikrieg 1967 besetzt ist, und damit die Voraussetzung für eine gerechte Lösung des Problems der palästinensischen arabischen Flüchtlinge schaffen. Das bedeutet, daß sie die Möglichkeit erhalten, zwischen der Rückkehr in ihr Heimatland oder Anspruch auf Entschädigung - gemäß den UNO-Resolutionen - zu wählen.

Die Sicherheitsrats-Resolution bringt das Palästina-Problem einer Lösung erheblich näher. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sich die israelische Regierung derart hartnäckig weigert, der Sicherheitsrats-Resolution in allen Punkten nachzukommen.

Jede arabische politische Gruppe, welche die Durchführung der Sicherheitsratsresolution behindert, unterliegt der Selbsttäuschung, sie träfe damit die Feinde der palästinensisch-arabischen Nation. Objektiv spielen sie damit gerade deren Spiel der Verewigung der Okkupation und der Verweigerung der Rechte der palästinensisch-arabischen Nation.

Die Sicherheitsrats-Resolution konstatiert, daß es, sobald alle Klauseln dieses Dokuments vollkommen erfüllt sind, notwendig ist, alle weiteren gegenwärtigen Probleme sowie jene, für die noch keine Lösungsmöglichkeit gefunden worden ist, zu bewältigen - also jene der Beziehungen zwischen den Völkern, die durch Anwendung politischer Mittel anstelle des Einsatzes von Gewalt und durch Respektierung der den Völkern zustehenden Rechte gelöst würden.

Im historischen Zusammenhang der Entwicklung in unserer Region wird hier die endgültige Lösung des Nationalitätenproblems von den fortschrittlichen sozialen Veränderungen

in Israel und den arabischen Ländern und von der Vertreibung des Imperialismus aus seinen Bastionen in diesem Teil der Welt abhängen. Ein derartiger Fortschritt wird eine neue Basis für den Ausbau der Beziehungen schaffen. Es wird notwendig sein, alle künftigen entstehenden Schwierigkeiten gemäß den Prinzipien der Rechte der Nationen und ihres gemeinsamen Interesses am antiimperialistischen Kampf, an Frieden und Sozialismus zu lösen.

+ + + + +

Der XVII Kongress erklärt, daß die zionistischen herrschenden Kreise in Israel und ihre imperialistischen Förderer nicht nur Feinde des arabischen, sondern auch des israelischen Volkes sind. Sie führen die Nation in einen Abgrund, der in einer nationalen Katastrophe enden kann.

Um ihre nationalistischen Ziele zu erreichen, sind die zionistischen Herrscher sogar bereit, Situationen von solch katastrophalem Ausmaß zu schaffen, daß sie den Weltfrieden bedrohen. Dies ist der Grund für die zunehmende Isolation der israelischen Führer in der Welt.

Israel selbst erlebt einen bedeutsamen Anstieg der Opposition gegen die Regierungspolitik und drängende Forderungen nach dem Rückzug aus dem besetzten Gebieten - im Rahmen der Sicherheitsrats-Resolution. Angesichts der Unterstützung für die Durchführung des Sicherheitsratsbeschlusses durch arabische Staaten und bestimmte Gruppen der Palästinenser und ihrer Bereitschaft, Frieden mit Israel auf einer gerechten und realistischen Grundlage zu schließen, wird der aggressive und annexionistische Charakter der Politik Israels zur Zeit immer augenfälliger.

Wir Israelischen Kommunisten konzentrieren unseren Kampf gegen die zionistische, reaktionäre, antiarabische, antinationale und proimperialistische Politik der Regierung, auf den Rückzug aus den im Juni 1967 besetzten Gebieten, auf die Anerkennung der nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Unsere Israelische Kommunistische Partei betrachtet den Kampf des arabischen Volkes von Palästina als antiimperialistisch; wir verstehen die palästinensisch-arabische Bewegung als national und antiimperialistisch. Wir identifizieren uns mit dem Kampf der arabisch-palästinensischen Nation, der sich gegen die Okkupation und auf die Erlangung der gesetzlichen nationalen Rechte richtet.

Freilich lehrt die historische Erfahrung, daß die Fehler und falschen Einstellungen der Führer des arabischen Volkes von Palästina in Verbindung mit ihren extremistischen Aktionen mehr als einmal den zionistischen Führern und den Imperialisten in die Hände gespielt und ihnen geholfen haben, ihre Machenschaften gegen die Völker Palästinas durchzuführen.

Die Interessen der arabischen Völker, und zwar desjenigen von Palästina ebenso wie des israelischen Volkes, die höchsten Ziele des antiimperialistischen Kampfes, der Freiheit der Nationen, des Friedens und des sozialen Fortschritts verlangen jetzt unabdingbar den Zusammenschluß der Nationen unserer Region in ihrem gemeinsamen Kampf für die Realisierung der Sicherheitsrats-Resolution vom November 1967. Dies würde dem amerikanischen Imperialismus und seinen zionistischen Helfern einen schweren Schlag versetzen, indem es die grundlegenden Probleme des arabischen Volkes von Palästina löste und die benachbarten arabischen Staaten von der Okkupation befreite. Frieden und Sicherheit für sämtliche arabischen Völker und die israelische Nation wären durch die Realisierung der genannten Resolution, wodurch bessere Voraussetzungen für fortschrittliche soziale Veränderungen in den Ländern dieser Region hergestellt würden, gewährleistet.

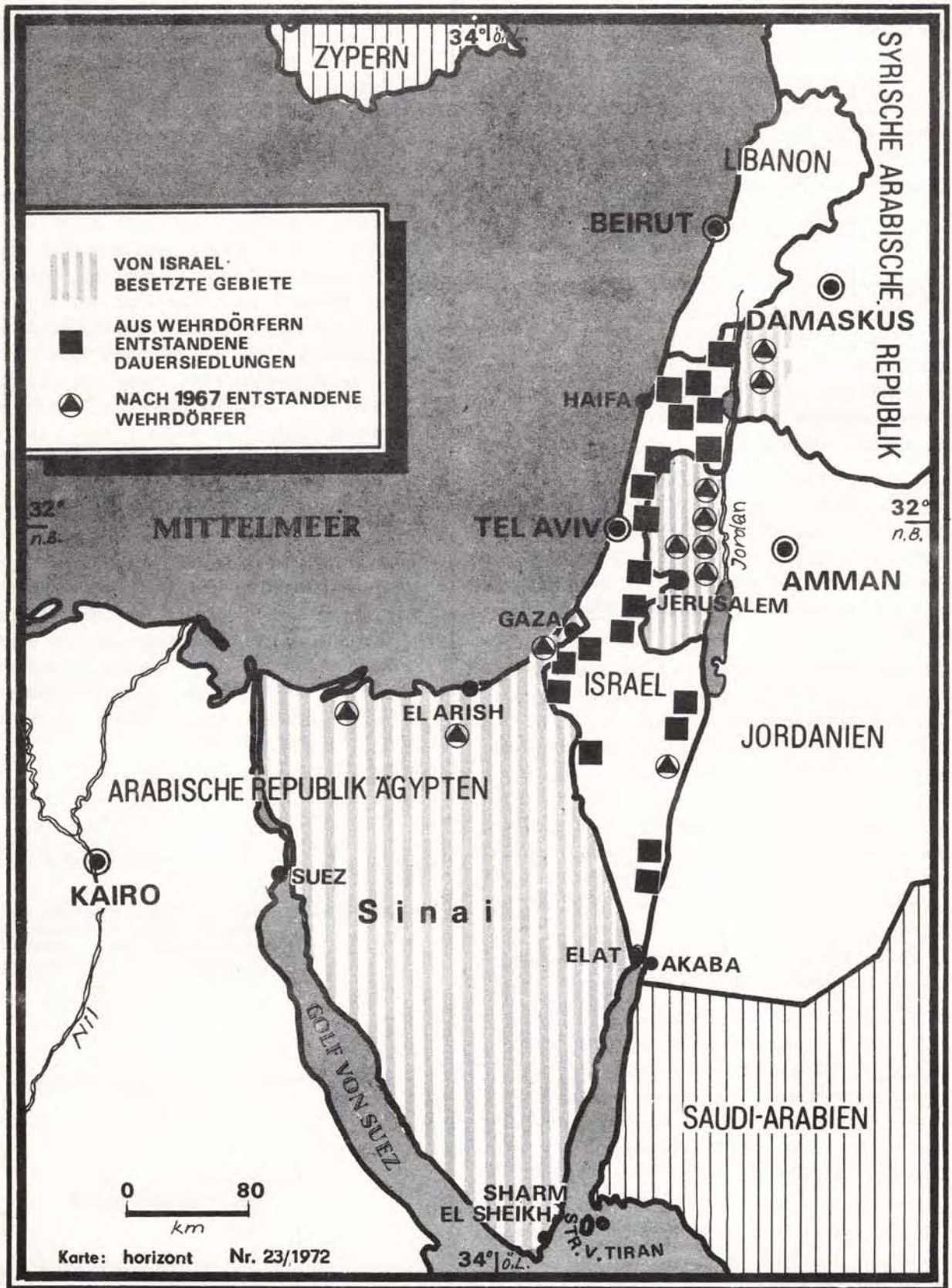
(Quelle: Auszüge aus: Information Bulletin, Communist Party of Israel, Special Number: Pre-Congress Material for the XVII Congress of the Communist Party of Israel, S.49 - 59)

!

Adressenänderungen

bitte
r e c h t z e i t i g
bekanntgeben

!!!



PALÄSTINA

N. Ashhab:

Die Krise der palästinensischen Widerstandsbewegung muss überwunden werden

Die Palästinensische Widerstandsbewegung (PWB)¹ — ein integrierender Bestandteil der arabischen Befreiungsbewegung —, die in ihrer derzeitigen Form eine legitime Reaktion auf die israelisch-zionistische Aggression (1967) ist, macht gegenwärtig, unserer Ansicht nach, eine tiefe Krise durch. Wir möchten einige Überlegungen darlegen, die auf einer Einschätzung der komplizierten Situation durch die Jordanische Kommunistische Partei fußen.

Die Krise resultiert vor allem daraus, daß die operativen Stützpunkte der palästinensischen El-Fat'h-Partisanen in Jordanien durch eine Serie militärischer Aktionen — organisiert von den reaktionären Behörden im Einvernehmen mit dem amerikanischen Imperialismus und dessen voller Unterstützung — vernichtet wurden. Die Widerstandsbewegung wurde der Hauptstütze beraubt: Ostjordanien hat eine lange Grenze mit den vom Feind besetzten Gebieten, dort leben die meisten Palästinaaraber, die sich außerhalb der besetzten Gebiete befinden.

Außerdem hat sich die Spaltung in den Reihen der Widerstandsbewegung vertieft, da die Positionen ihrer größten Organisationen in den Fragen der Beilegung des Konflikts mit den jordanischen Behörden und der Taktik des Kampfes gegen die Aggression Israels unvereinbar sind. Die Uneinigkeit ist im Grunde die Ursache für alle früheren und gegenwärtigen Mißerfolge und Niederlagen.

Die Krise der PWB darf man nicht isoliert von der arabischen Befreiungsbewegung insgesamt betrachten. Die Niederlage der Armeen der arabischen Länder im Junikrieg 1967 und die bislang erfolglosen Versuche, ihre Folgen zu beseitigen, nämlich die von Israel okkupierten Territorien mit militärischen oder diplomatischen Mitteln zurückzugewinnen, haben zur Spaltung und zum Aufkommen verschiedener Tendenzen in der arabischen Befreiungsbewegung geführt.

¹ Ihr gehören zahlreiche Organisationen unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung und verschiedener Ansichten an. Die größten von ihnen sind: die Bewegung für die Befreiung Palästinas (El-Fat'h), die Avantgarde des Volksbefreiungskampfes (ihre bewaffneten Abteilungen sind unter dem Namen El-Sai'ka bekannt), die Volksfront für die Befreiung Palästinas u. a. Die meisten Abteilungen der PWB gehören der Organisation für die Befreiung Palästinas (Palestine Liberation Organization — PLO) an.

Als unter anderem Meinungsverschiedenheiten über die Einstellung zum Rogers-Plan aufkamen, nutzte die jordanische Reaktion diese wie auch die bereits genannten Fehler der Widerstandsbewegung, versetzte der PWB spürbare Schläge und begann ab September 1970 mit der planmäßigen Vernichtung der Partisanenstützpunkte.

Es gibt auch eine Reihe subjektiver Faktoren, die nur die PWB betreffen. Auf diese möchten wir eingehen.

1

Alle Partisanenorganisationen, mit Ausnahme der El-Ansar, die von der Jordanischen Kommunistischen Partei im Zusammenwirken mit den kommunistischen Bruderparteien anderer arabischer Länder geleitet wird, sind gegen eine politische Lösung des Nahostproblems und lehnen die Unterstützung der bekannten Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 ab.

Historisch entspricht diese Haltung dem traditionellen Kurs des Mißtrauens zu allen Plänen, die Probleme der Palästinensischen Befreiungsbewegung friedlich zu lösen. Die Führer der arabischen nationalen palästinensischen Organisationen hielten sich an diese Linie bereits seit der Zeit der Balfour-Deklaration (1917), wozu sie die ständigen Verschwörungen gegen das palästinensische Volk veranlaßten. Die — bestenfalls — passive Einstellung zu allen Vorschlägen von außen ist im Bewußtsein der Massen tief verwurzelt, und es ist nicht leicht, sich davon zu befreien.

Wer unter den gegenwärtigen Bedingungen die Möglichkeit der friedlichen Lösung des Nahostproblems bestreitet, läßt sich von der spontanen, emotionalen Reaktion kleinbürgerlicher Schichten, die die Mehrheit der arabischen Bevölkerung Palästinas bilden, auf die Niederlage im Junikrieg, die barbarischen Repressalien der zionistischen Behörden in den besetzten Gebieten, auf deren expansionistische Pläne beeinflussen. Diese unrealistische Position berücksichtigt nicht den Zustand der arabischen Befreiungsbewegung nach der Schlappe, die sie im Junikrieg erlitten hat. Sie zieht auch die internationale Situation, besonders das derzeitige Kräfteverhältnis im Nahen Osten, nicht in Betracht.

Auch wenn die Resolution des Sicherheitsrates die Wiederherstellung aller legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina nicht garantieren kann, würde ihre Verwirklichung das Scheitern der Aggression Israels bedeuten, die sich nicht nur gegen das palästinensische Volk richtete, sondern auch als ein Schlag gegen die gesamte arabische Befreiungsbewegung, gegen deren politische und soziale Errungenschaften gedacht war. Im Falle der Verwirklichung der Resolution wird sich das Kräfteverhältnis in diesem Raum zugunsten der Befreiungsbewegung verändern, werden günstige Bedingungen für die Fortsetzung des Kampfes um die Lösung des Palästinaproblems insgesamt geschaffen. Zugleich ist völlig offensichtlich, daß Erfolge der PWB undenkbar

sind, wenn sie sich nicht auf die arabische Befreiungsbewegung stützt, wenn ihr nicht die ständige Hilfe der Friedenskräfte in der ganzen Welt, insbesondere der sozialistischen Länder, zuteil wird.

Die größten Organisationen der PWB — El-Fat'h und El-Sai'ka — lehnen die Resolution des Sicherheitsrates ab und geben gleichzeitig die Losung von der Schaffung eines palästinensischen demokratischen Staates aus, in dem drei Religionen — der Judentum, das Christentum und der Islam — koexistieren würden. Positiv an diesem Vorschlag ist, daß er den extremistisch-nationalistischen Aufruf „Die Juden ins Meer werfen!“ ablöst, welcher als bequeme Rechtfertigung aller imperialistisch-zionistischen Verschwörungen und Aggressionsakte gegen die arabischen Länder seit der Gründung des Staates Israel gedient hat. Diese Forderung ist jedoch utopisch, in unseren Tagen, besonders nach dem Junikrieg von 1967, praktisch undurchführbar. Jede künftige Lösung des Palästina-Problems ist heute mit der Notwendigkeit verbunden, für die Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates, vor allem für den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten, zu kämpfen, um dem arabischen Volk Palästinas die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu ermöglichen. Was die Beziehungen zwischen der arabischen Bevölkerung Palästinas und den Israelis anlangt, so werden sie vom Ausgang des Kampfes abhängen, den die Völker dieses Raumes gegen den Imperialismus und Neokolonialismus, für die Veränderung des aggressiven und expansionistischen Charakters des Staates Israel, für den sozialen Fortschritt führen.

Ein anderer politischer Fehler der PWB, genauer gesagt, ihrer größten Organisation El-Fat'h, war die Losung der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten Jordaniens, verbunden mit dem allgemeinen Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten, die den El-Fat'h-Partisanen Zuflucht gewähren. Was bedeutet das in bezug auf Jordanien, wo die meisten Bürger Palästinaaraber sind?

Bekanntlich begannen die El-Fat'h-Partisanen nach dem Junikrieg und der Aktivierung der Widerstandsbewegung zunehmenden Einfluß auf die Bevölkerung und alle Aspekte des Lebens im östlichen, nichtbesetzten Teil Jordaniens auszuüben. Dieser Einfluß erreichte die größte Stärke am Vorabend der blutigen Aktionen vom September 1970, mit denen die jordanische Reaktion gegen die PWB und die gesamte Befreiungsbewegung im Lande vorging. Die PWB stellte eine reale Macht neben dem offiziellen Staatsapparat dar. Die El-Fat'h-Organisation erstreckte sich über das ganze Landesterritorium, verfügte über eigene bewaffnete Kräfte, einen Sicherheits- und Aufklärungsdienst, über eigene Finanz-, Verwaltungs- und andere Institutionen. Mit anderen Worten, die Stärke und der Einfluß der PWB auf das gesellschaftliche

Leben, ihre Autorität waren in den Augen der Bürger am Ostufer des Jordan unbestreitbar. Die El-Fat'h-Führung stellte jedoch nicht die Frage der Ablösung des reaktionären Regimes durch eine Macht der patriotischen Kräfte.

Die Doppelherrschaft schuf eine explosive Situation. Und das reaktionäre Regime hat das Problem bis auf weiteres zu seinen Gunsten gelöst. So verhinderte die Position der Nichteinmischung in dieser Etappe des Kampfes die Bildung einer patriotischen Regierung in Jordanien. Ebenso schädlich sind auch die extremistischen Losungen, die zur Liquidierung verschiedener Regimes in der arabischen Welt als Voraussetzung für den Sieg über Israel aufrufen.

Die Unterschätzung der Möglichkeit einer politischen Lösung der Nahostkrise sowie die falsche Linie gegenüber den jordanischen Behörden waren der Grund, weshalb der politischen Massenarbeit nicht nur am Ostufer des Jordan, sondern erst recht in den besetzten Gebieten ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Charakteristisch dafür ist die Redensart, die von einigen Führern der PWB oft wiederholt wird: „Das Gewehr entscheidet alles.“

Die schädlichen Folgen der Vernachlässigung der politischen Arbeit zeigten sich besonders deutlich beim Massaker im September 1970 und den darauffolgenden militärischen Aktionen gegen die PWB in Jordanien. Als die Truppen des Königs die El-Fat'h-Partisanen überfielen, konnte die Reaktion einen beträchtlichen Teil der Stammbevölkerung der Gebiete am linken Ufer des Jordan neutralisieren. Mehr noch, es gelang, bei vielen Bewohnern des Ostufers, besonders bei den in der Armee dienenden Beduinen, Feindseligkeit und Haß gegen die Partisanen zu säen, und verantwortungslose Aktionen einiger Elemente aus der PWB halfen nur den reaktionären jordanischen Behörden, dieses Ziel zu erreichen. Diesen gelang es, Beduinen-Einheiten zu blutigsten Verbrechen nicht nur gegen die Mitglieder der Widerstandsorganisationen, sondern auch gegen die friedlichen unbewaffneten Palästinaaraber anzustiften. Durch Schürung des Haders und Aufhetzung der Bewohner Ostjordaniens gegen die vom rechten Ufer stammende Bevölkerung vermochte die Reaktion eine ernste Spaltung in der nationalen Bewegung Jordaniens zu provozieren.²

2

Seit Anbeginn der israelischen Okkupation leistet die Jordanische Kommunistische Partei eine konsequente organi-

² Am 15. März unterbreitete König Hussein den Vorschlag, Jordanien in zwei autonome Gebiete zu teilen — in das eigentliche jordanische (am Ostufer) und in das palästinensische (die von Israel okkupierten Territorien am Westufer), die zusammen das „Vereinigte Arabische Königreich“ unter Hussein bilden sollen. Die ägyptische Zeitung „Al-Ahram“ äußerte die Befürchtung, daß sich dahinter ein Komplott mit Israel unter Mitwirkung der USA verberge. Nach Einschätzungen der libanesischen Presse soll mit diesem Schritt die PWB liquidiert werden. **Die Red.**

lierte politische Arbeit, insbesondere in den vom Feind besetzten Gebieten am Westufer des Jordan. Die PWB-Führung ignorierte jedoch — besonders bis September 1970 — die Partei unter dem Vorwand, daß diese ihr Einverständnis zur Resolution des Sicherheitsrates erklärt, sich nicht sofort dem bewaffneten Kampf angeschlossen und die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konflikts nicht ausgeschlossen habe. Damit beraubte sich die PWB selbst der Möglichkeit, die reichen Erfahrungen unserer Partei zu nutzen, die diese dank ihrem aktiven Wirken in der nationalen Bewegung des Landes in mehr als 20 Jahren erworben hat, indem sie die Massen mobilisierte und organisierte und deren Aktionen bei verschiedenen Kampfhandlungen leitete. Die ganze Tätigkeit der PWB seit Juni 1967 bestätigt, wie groß das Bedürfnis nach Erfahrungen und Kenntnissen ist, über die die Kommunistische Partei verfügt. Die ablehnende Einstellung zu ihr ermunterte die Reaktionäre und gestattete ihnen, ihre Pläne mit der Flagge des Antikommunismus zu tarnen.

Unsere Partei hat in der Tat etwas gezögert mit dem Übergang zum bewaffneten Kampf. Das erklärte sich aus einer Reihe von Faktoren, vor allem aus dem Bestehen einer rechten Gruppierung in der Leitung. Obwohl in allen Beschlüssen, die in den Dokumenten der Partei nach dem Junikrieg 1967 festgelegt wurden, die Rechtmäßigkeit aller — auch der bewaffneten — Aktionsformen zur Beseitigung der Folgen der Aggression anerkannt wurde, glaubte die rechte Gruppe, wie der Verlauf der Ereignisse bestätigt, praktisch nicht an die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Okkupation. Deshalb setzte sie ihre Hoffnungen auf Kompromisse und Zugeständnisse, die die jordanischen Behörden vom amerikanischen Imperialismus und von Israel erwirken könnten. Mit anderen Worten, sie glaubte nicht an die Fähigkeit der von den fortschrittlichen Kräften in aller Welt unterstützten arabischen Befreiungsbewegung (einschließlich der PWB), die israelischen Eindringlinge und die hinter ihnen stehenden amerikanischen Imperialisten zum Rückzug zu zwingen.

Gleichzeitig hielt es unsere Partei, die die Ziele der zionistischen Extremisten entlarvte und die bitteren Erfahrungen von 1948 (als über eine Million Araber gezwungen wurden, Haus und Hof zu verlassen, die später jüdischen Einwanderern übergeben wurden) berücksichtigte, für ihre allererste Pflicht, gleich nach dem Junikrieg die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu unterstützen, ihre Umsiedlung durch die Okkupationsbehörden zu verhindern und sie von der Flucht abzuhalten.

In enger Zusammenarbeit mit den anderen patriotischen Kräften erzielte die Partei hierbei beträchtliche Erfolge. Bald hörte die Flucht der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten auf, ja, es begann sogar die Rückkehr der Flüchtlinge, bis die israelischen Behörden alle Verbindungswege zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Ufer des Jordans sperren.

Diese Ergebnisse wurden unter schwierigen Umständen erzielt. Die Bewohner des rechten Ufers waren nicht nur Terror und Verfolgungen ausgesetzt, sondern machten infolge der militärischen Niederlage der arabischen Armeen auch schwere seelische Erschütterungen durch. Außerdem ist unser Volk in seiner Mehrheit nicht organisiert, gehört keinen patriotischen Vereinigungen oder politischen Parteien an, handelt isoliert und spontan. Das erklärt sich aus der Rückständigkeit der jordanischen Gesellschaft, aus dem jahrelangen Terror gegen alle revolutionären und patriotischen Organisationen, der am Vorabend des Junikrieges besonders brutal wurde.

Unsere Partei zog aus der konkreten Situation, die sich unmittelbar nach der Aggression von 1967 herausgebildet hatte, den Schluß, daß die Bedingungen für den bewaffneten Kampf, der im Prinzip ein legitimes Recht unseres Volkes im Kampf um die Befreiung ist, in den besetzten Gebieten noch nicht herangereift waren. Die Partei hat also damals aus rein taktischen Erwägungen nicht zum bewaffneten Kampf aufgerufen. Zunächst mußte die massenpolitische Arbeit entfaltet werden, um die arabische Bevölkerung auf ihrer Scholle zu halten und an diese zu binden, sie moralisch aufzurichten und allmählich zur höheren Etappe — zum organisierten bewaffneten Kampf gegen die Okkupation — zu führen.

In dieser Hinsicht haben wir ebenfalls konkrete Ergebnisse erzielt. Die Partei war führend bei der Organisation und Leitung der Massenbewegung. Vom ersten Jahr der Okkupation an wurden Streiks und Demonstrationen durchgeführt. An den verschiedenen Formen des Massenkampfes begannen die breitesten Bevölkerungsschichten teilzunehmen. Anfang 1969 schlug die mächtige Welle von Demonstrationen und Streiks im Grunde in einen Massenaufstand gegen die israelische Okkupation um.

Nun gelangte die Partei zu dem Schluß, daß die Situation an beiden Ufern des Jordan für entschlosseneren Formen des Kampfes, darunter auch des bewaffneten, herangereift sei. Doch machte es die rechtsopportunistische Gruppierung in den Schlüsselpositionen der Partei unmöglich, sich rechtzeitig in die Bewegung des bewaffneten Widerstandes einzureihen — zumindest tat sie das nicht sofort nach der Annahme des obenerwähnten Beschlusses.

Später, nachdem die Partei ihre Positionen überprüft hatte, schloß sie sich dem bewaffneten Kampf an und stellte zusammen mit den Bruderparteien Iraks, Syriens und Libanons Kampfabteilungen auf; diese formierten sich in heftigen Kämpfen gegen die jordanische Reaktion und führten nicht wenige erfolgreiche Operationen gegen die Okkupationstruppen durch. Andererseits machte sich in den führenden Kreisen der Widerstandsbewegung ein neues Herangehen an das Problem der friedlichen Regelung bemerkbar. Doch auch jetzt ist die Führung der PWB dagegen, daß unsere Partei und die El-Ansar-Abteilungen

in den verschiedenen Organen der Widerstandsbewegung und in der Organisation für die Befreiung Palästinas entsprechend ihrer realen Rolle im Leben des Landes und in der nationalen Bewegung vertreten sind. Die Partei strebt in dieser Beziehung eine grundlegende Wende an.

3

Die Uneinigkeit zwischen den Kampforganisationen der PWB spielte den Okkupanten in die Hände. Das nutzte auch die jordanische Reaktion aus. Sie hielt sich nicht an die 1970 in Kairo und Amman geschlossenen Abkommen, in denen sich die Regierung Jordaniens verpflichtete, die Aktionsfreiheit der El-Fat'h-Abteilungen nicht einzuschränken. Infolge der Uneinigkeit konnte die PWB ihre Möglichkeiten im Kampf gegen die Okkupation und die Reaktion nicht voll nutzen. Die jordanischen Behörden redeten ständig, besonders nach den blutigen Ereignissen im September 1970, vom Unterschied zwischen den „ehrlichen“ und den „nichtehrlichen“ El-Fat'h-Partisanen; und zwar mit dem Ziel, die Spaltung in der PWB zu vertiefen, um deren Abteilungen getrennt leichter vernichten zu können. Bedauerlicherweise sind einige antiimperialistische und antizionistische Kreise in einer Reihe arabischer Länder — wenn auch nicht lange — den Autoren dieser zweifelhaften Klassifikation auf den Leim gegangen.

Die Vielzahl der Partisanenorganisationen widerspiegelt in gewissem Grade die Klassendifferenzierung in der Gesellschaft. Gleichzeitig zeigt sich hier in hohem Maße das unterschiedliche Herangehen der arabischen Länder an die Lösung der Nahostkrise. Die Positionen dieses oder jenes arabischen Landes üben materiellen, ideologischen und politischen Einfluß auf die El-Fat'h-Organisationen aus. Obwohl die Hilfe der arabischen Länder für die Widerstandsbewegung insgesamt ein positiver, ihre Existenz bestimmender Faktor ist, förderte der Umstand, daß jeder arabische Staat diese gesondert irgendeiner bestimmten Organisation gewährt, die Zersplitterung der kämpfenden Kräfte und beeinträchtigte die Effektivität der Hilfe.

Die Uneinigkeit läßt erkennen, daß der bewaffnete Widerstand noch nicht aus dem Anfangsstadium herausgekommen ist, noch nicht die erforderliche Breite erlangt hat. Gelingt es aber, einen wirklich wirksamen Partisanenkampf gegen die israelische Okkupation zu entfalten, so wird das ein äußerst wichtiger Impuls sein für die Herstellung der Einheit, die wiederum dem Kampf gegen den Aggressor neue Kräfte verleihen wird. Die Einheit wird es der Bewegung gestatten, unabhängiger zu werden und mit größerem Erfolg dem negativen Einfluß von außen zu widerstehen. Dementsprechend wird auch die ihr von den arabischen Ländern erwiesene Hilfe ihre positiven Seiten voll offenbaren können.

Unsere Partei unternimmt beharrliche Anstrengungen, um die nationale Einheit herzustellen und alle Kräfte zusammen-

zuschließen, die für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression kämpfen. Gerade auf dieser Grundlage kann und muß unserer Ansicht nach die Einheit aller, Abteilungen der Widerstandsbewegung erreicht werden. Alle Aktionen müssen unter einem Aspekt betrachtet werden: Tragen sie zur raschesten Beseitigung der Okkupation bei? Ein Herangehen, das von eng aufgefaßten Klassenpositionen, von Unterschieden sozialen oder doktrinären Charakters bestimmt ist, muß in dieser außerordentlichen Periode des Lebens der Nation in den Hintergrund treten.

4

Die Tätigkeit der PWB weist auch noch andere Schwächen auf. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß ihre Führung nach dem Junikrieg auf dem nichtbesetzten Ostufer des Jordan blieb. Dort, und nicht in den besetzten Gebieten, entwickelten sich hauptsächlich die Partisanenorganisationen, was eine äußerst wichtige Ursache für die Mängel in der Widerstandsbewegung war.

In der ersten Zeit war es relativ einfach, in die besetzten Gebiete vorzudringen. Später jedoch nutzten die israelischen Truppen die Ruhe an den arabischen Fronten und ergriffen — auf die amerikanische materielle und technische Hilfe gestützt — eine Reihe von Maßnahmen, die den Zugang zu den besetzten Gebieten außerordentlich erschwerten.

Der Umstand, daß sich das Kommando der palästinensischen Organisationen und deren bewaffnete Hauptkräfte außerhalb der besetzten Gebiete befanden, wirkte sich höchst nachteilig auf die Operationen der Partisanen auf dem Westufer aus. Man darf die Bedeutung dieses Faktors nicht unterschätzen. Eine andere Situation ergab sich im Gazastreifen, wo die von der Organisation für die Befreiung Palästinas bereits vor dem Junikrieg aufgestellten und ausgebildeten Kampfeinheiten, von Offizieren und Führern aus der Stammbevölkerung geleitet, auch nach der Okkupation an Ort und Stelle blieben und zum Partisanenkampf übergingen.³ Das ist ein Grund, weshalb im Gazastreifen eine ständige Aktivität der El-Fat'h-Partisanen zu beobachten ist, besonders spürbar im Vergleich zur Lage auf dem Westufer des Jordan.

Da das Kommando der Widerstandsbewegung die genannten Schwierigkeiten zu überwinden suchte, nahm sie wahllos fast alle, die es wünschten, in die Reihen der Partisanen auf dem Westufer auf. Auf der Jagd nach zahlenmäßiger Stärke schenkte es dem Bewußtsein der Kämpfer keine Beachtung. Gerade dieser, wenn man so sagen kann, Liberalismus in Organisationsfragen öffnete unzuverlässigen, schwachen Elementen, ja mitunter

³ Hier herrscht die Überzeugung vor, daß das Schicksal des Gazastreifens mit dem Schicksal der Ägyptischen Front und der Halbinsel Sinai verbunden ist. Außerdem ist der Prozentsatz der Flüchtlinge hier um vieles höher als auf dem Westufer. Der Verf.

sogar Agenten des Gegners, Tür und Tor. Der dadurch verursachte Schaden ist schwer zu überschätzen. Nicht wenige tapfere, ihre Heimat liebende junge Menschen wurden eine leichte Beute des Feindes. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß mehr als 70 Prozent der Häftlinge — Kämpfer aus Partisanenabteilungen, die, ehe sie etwas vollbringen konnten, in israelische Kerker gerieten — Opfer der schlechten Organisation, mangelnder Konspiration und mitunter des Verrats geworden waren.

Im Zuge des Kampfes gegen die israelische Okkupation leisteten sich verschiedene Abteilungen der PWB abenteuerliche Aktionen, die ihre Autorität, darunter auch in der Weltöffentlichkeit, untergruben. (Den politischen Ansichten einiger El-Fat'h-Organisationen nach zu urteilen, sind derartige Aktionen auch künftig nicht ausgeschlossen.) Die imperialistischen und reaktionären Kräfte nahmen sie zum Vorwand, um der Bewegung insgesamt Schläge zu versetzen. Die abenteuerlichen Aktionen bereiteten den fortschrittlichen Kräften in Israel Schwierigkeiten. Diese Kräfte, zu deren Vorhut die Kommunistische Partei Israels gehört, traten der Aggression und ihren Zielen, der Okkupation von Anfang an entgegen. Unter günstigen Bedingungen kann um diese ehrlichen Kräfte in Israel eine mächtige Bewegung entstehen, die die herrschenden zionistischen Kreise unter Druck zu setzen vermag, um sie zum Abzug der Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten und zur Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrates zu zwingen. Die PWB darf diesen Umstand nicht ignorieren.

Die abenteuerlichen Aktionen widerspiegeln letztendlich, daß das Kleinbürgertum von einem Extrem ins andere fällt und die Ereignisse oberflächlich einschätzt, daß es möglichst viel Lärm zu schlagen sucht, ohne sich um die Folgen Gedanken zu machen.

Die falschen Methoden der Organisation des Kampfes verursachten nicht nur materiellen, sondern auch schweren moralischen Schaden: Nun haben nicht nur die Israelis, sondern auch die Araber in den besetzten Gebieten den Eindruck, als seien die israelischen „Straf“einheiten allmächtig, als könnten sie jede Widerstandsorganisation aufspüren und zerschlagen. Um den psychologischen Einfluß auf die israelische Öffentlichkeit und die Bevölkerung der annektierten Gebiete zu verstärken, machen die israelischen Behörden mit ihren Operationen gegen die Partisanen viel Reklame in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Die organisatorischen Mängel machen sich insofern besonders bemerkbar, als die geographischen Bedingungen der besetzten arabischen Gebiete für den Partisanenkrieg gegen einen mit moderner Technik — Hubschraubern, Aufklärungs- und Transportmitteln usw. ausgerüsteten Feind ungünstig sind. Das erfordert von der Partisanenbewegung eine ideale Organisation, eiserne Disziplin, äußerste Konspiration und folglich ein besseres

System der Auswahl und politischen Erziehung der Kämpfer.

Wenn sich die Widerstandsbewegung — besonders auf dem Westufer nach dem August 1970 — nicht in der erforderlichen Breite entfaltet, so heißt das nicht, daß sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete, wie die israelischen Behörden behaupten, „mit der Okkupation abgefunden“ habe und der Widerstand zu Ende sei. Das wird niemals der Fall sein. Solange die Okkupation andauert, die Bevölkerung unterdrückt und terrorisiert wird, solange Ländereien konfisziert und Wohnungen zerstört werden, wird der Widerstand nicht erlöschen. Im Gegenteil, er wird sich ohne Zweifel verstärken — erst recht, wenn die objektiven und subjektiven Faktoren, die das heute noch verhindern, überwunden sein werden.

Das sind einige Überlegungen zu den Fehlern und Mängeln der PWB, die in ihrer Gesamtheit zur gegenwärtigen Krise geführt haben. Wir haben sie untersucht allein zu dem Zweck, der Bewegung die Schwierigkeiten überwinden zu helfen.

Die Palästinensische Widerstandsbewegung wird aus dieser schwierigen Situation herauskommen. Freilich ist es dazu erforderlich, die Positionen zu überprüfen, die Lehren der vergangenen Jahre zu beherzigen und daraus Schlüsse zu ziehen. Die Hauptsache ist — eine klare, realistische politische Linie festlegen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 ein äußerst wichtiger Schritt bei der Wiederherstellung der Rechte des arabischen Volkes Palästinas, vor allem des Selbstbestimmungsrechts, wäre. Indessen muß die PWB den bewaffneten Massenkampf in den besetzten Gebieten verstärken und die nationale Einheit auf dem Ostufer des Jordans anstreben. Das wäre der Ausgangspunkt für die Errichtung der nationalen Macht, die das Volk und alle Ressourcen des Landes mobilisieren könnte. Sie würde den Kampf führen für die Wiederherstellung und Festigung der Solidarität der arabischen Länder, für die Entwicklung enger Beziehungen der arabischen Befreiungsbewegung mit den sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, mit allen, die unsere gerechte Sache unterstützen. Setzt sich in der Weltöffentlichkeit der Begriff der palästinensischen Gemeinsamkeit als Verkörperung der Sache des Volkes durch, das für die Wiederherstellung seiner usurpierten Rechte, für Selbstbestimmung, gegen die imperialistisch-zionistischen Verschwörungen kämpft — so wäre das eine wichtige Errungenschaft, die es zu hüten und zu entwickeln gilt; und das ist bei der Wahl des richtigen, realistischen Weges des Kampfes durchaus möglich.

In einer Mitteilung über den Besuch einer Delegation der Organisation für die Befreiung Palästinas unter Leitung ihres Vorsitzenden, Yasser Arafat, in der UdSSR wird in der „Prawda“ vom 30. Oktober 1971 betont: „...die sowjetische Öffentlichkeit stellt sich entschlossen an die Seite der palästinensischen Wider-

standsbewegung, die ein Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung der arabischen Völker ist." Damit wird erneut die prinzipielle Unterstützung unserer gerechten Sache durch die Kräfte des Frie-

dens und des Sozialismus in der ganzen Welt bestätigt, und darin liegt eine Garantie für ihren Sieg. Sie wird endgültig triumphieren durch den entschlossenen Kampf der arabischen Völker, der arabischen Befreiungsbewegung.

**Aus der Resolution des UNO-Sicherheitsrates
Nr. 242 vom 22. 11. 1967:**

Der Sicherheitsrat

„1. bekräftigt, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließt:

(I) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

(II) Einstellung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet und die seines Rechtes, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben;

2. bekräftigt ferner die Notwendigkeit,

a) die freie Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen des Gebietes zu garantieren;

b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen;

c) die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet durch Maßnahmen sicherzustellen, zu denen die Schaffung entmilitarisierter Zonen zählt.“

CHILE

E.Hackethal:

Unaufhaltsamer revolutionärer Prozess

Mit der Plenartagung des ZK der KP Chiles vom 22. bis 24. Juni sind Wochen intensiver politischer Beratungen und weittragender Beschlüsse zu Ende gegangen. Ihr äußerlich am stärksten ins Auge fallendes Ergebnis war die Umbildung der UP-Regierung um die Monatsmitte. Die effektivsten, am meisten geeigneten Kader sollten eingesetzt werden, um die komplizierten Aufgaben des Landes zu lösen.

Diese Aufgaben sind von dem stellvertretenden Generalsekretär der KP Chiles, Victor Diaz, auf dem ZK-Plenum formuliert worden. Zu ihnen gehört als eine der wichtigsten, die reaktionären Kräfte zu isolieren, die Arbeiterklasse stärker in die Aufgaben der Volksregierung einzu beziehen und sie für die weitere Verwirklichung des Programms der UP zu mobilisieren. Es komme jetzt darauf an, „die Arbeiterklasse Chiles auf der Grundlage der sozialistisch-kommunistischen Einheit in eine Kraft zu verwandeln, die fähig ist, Bündnisse einzugehen und die legitimen Rechte des ganzen Volkes in ihre Hände zu nehmen“. Nur so sei es möglich, Bündnispartner der UP-Politik zu gewinnen. Man müsse unterscheiden zwischen den ultrarechten Kräften der Opposition, die mit faschistischen Gruppen und Vertretern der Oligarchie versuchen, die UP-Regierung durch einen Bürgerkrieg zu stürzen, und jenen Kräften der Opposition, die innerhalb der Verfassung und des Gesetzes handeln. Die Volkseinheitsregierung müsse entschlossener gegen jene reaktionären Kräfte auftreten, die die Legalität überschreiten und Tag für Tag zu Verschwörung und Putsch aufufen.

Die Umbildung des Kabinetts geschah demnach auf dem Hintergrund einer selbstkritischen Analyse der Arbeit der UP. Dabei bestätigte sich erneut, daß die Entwicklung in Chile weder ein Spaziergang zur Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist noch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung von einem Tag zum anderen. Die Mai- und Junitage verdeutlichen, daß Chile in einer harten Klassenauseinandersetzung steht mit einem wirklichen Kampf um die Macht, die eben nicht erhandelt, sondern nur erkämpft werden kann, aber auch dies nur schrittweise in einem klug abgewogenen Prozeß auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse des Kräfteverhältnisses im Lande und im internationalen Rahmen.

Diese und andere von den fortgeschrittensten Kräften der Unidad Popular aufgegriffenen Probleme sind Fragen, die in einem revolutionären Prozeß notwendig auftreten müssen.

So hatten sich innerhalb der Unidad Popular auch verschiedene Konzeptionen zur Überwindung der Barrieren bemerkbar gemacht, die sich vor den Volkskräften auf türmen. In der großen Diskussion, ausgelöst durch eine Pressekonferenz der KP Chiles, wurde nicht verschwiegen, daß mangelnde Einheitlichkeit der Auffassungen, fehlende Koordinierung bei einer Reihe eingeleiteter Veränderungen sowie eine kurzfristige Kaderpolitik geeignet waren, die Verwirklichung des UP-Programms zu verzögern. Versorgungsschwierigkeiten kamen hinzu. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr und auf die andauernden perfiden Angriffe der rechten Kräfte durften diese Erscheinungen nicht leichtgenommen werden.

Ohne Zurückhaltung legten die führenden Vertreter der KP Chiles der Öffentlichkeit die Probleme dar. Auf die besorgte Frage eines Journalisten, ob mit der Selbstkritik nicht dem Feind in die Hände gespielt würde, antwortete Luis Corvalán: „Wir setzen nicht auf die Vogel-Strauß-Politik, am wenigsten im gegenwärtigen Moment.“

Es ist kein Zufall, daß es die KP Chiles war, die die Initiative zur öffentlichen Darlegung der Probleme der Unidad Popular ergriff. Diese Partei erwies sich damit einmal mehr als die reifste, erfahrenste und konsequenteste Kraft innerhalb der Koalition der Volkskräfte, die auf der Grundlage eines Übereinkommens von klassenmäßig heterogenen Kräften zustande kam. Einem Teil von ihnen fehlt die jahrzehntelange Erfahrung im Klassenkampf, die Beherrschung des Marxismus-Leninismus und der daraus entspringenden Strategie und Taktik. Sie möchten den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Sie erkennen nicht, daß nicht die sozialistische, sondern die antiimperialistisch-demokratische Umwälzung auf der Tagesordnung steht.

Die Gewinnung und Mobilisierung der Massen, vor allem der Arbeiterklasse, zur konsequenten Unterstützung des Programms der Unidad Popular und der Politik der Volkseinheitsregierung – so wurde es auch auf der jüngsten Plenartagung des ZK der KP Chiles ganz eindeutig herausgearbeitet – bleibt weiterhin die vordringlichste Aufgabe. Der Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs, Victor Diaz, betont: „Es gibt keine politischen Veränderungen bezüglich unseres Willens, das Programm der Unidad Popular zu erfüllen. Aber es wird Veränderungen geben, um die Fehler, die einem revolutionären Prozeß eigen sind, zu korrigieren.“

Das Programm der UP ist eindeutig: Es orientiert die Massen auf die antiimperialistische, antioligarchische, antifeudale Umwälzung, die durch ihre innere Dialektik den Weg zum Sozialismus öffnen wird. Die chilenische Revolution hat den Weg der Ausnutzung der bürgerlichen Legalität beschritten. Das entspricht den spezifischen Möglichkeiten des Landes und dem Kräfteverhältnis. Gerade in der augenblicklichen Situation eines gewissen Gleichgewichts zwischen den Kräften der Revolution und der Konterrevolution setzt jedes übereilte Experiment den Erfolg des Ganzen aufs Spiel.

Die Entwicklung in den ersten Juniwochen hat bewiesen, daß die UP genügend Kraft aufbringt, Diskrepanzen innerhalb ihrer Reihen zu überwinden und voranzuschreiten. Die Sozialistische Partei hat durch ihre Repräsentanten Carlos Altamirano und Rolando Calderon unmißverständlich erklärt, daß sie jedwedes „linkes“ Abenteuerum und jeden Versuch der ultralinken Unterwanderung der Partei energisch ablehnt. Gegenwärtig unterstützen alle in der UP vereinigten Kräfte die von der KP Chiles vorgeschlagene Generallinie: Mobilisierung und Organisation der Massen, breite Bündnispolitik, Erfüllung des Programms der Unidad Popular ohne Modifikation, weder im reformistischen noch im ultralinken Sinne.

Die Früchte dieser Politik haben sich bereits gezeigt. Die Führung der Christdemokratischen Partei mußte unter dem Druck der Mitgliedermassen zu einer „konzilienten“ Opposition zurückkehren. Die wichtige Änderung des Wahlgesetzes, die 1973 die Bildung von Einheitslisten erlauben wird, ist mit den Stimmen der Christdemokraten verabschiedet worden. Ähnliches ist bezüglich der verfassungsändernden Enteignungsgesetze zu erwarten.

Die KP Chiles hat ihre Auffassung durchgesetzt, daß gegenwärtig der Hauptschlag gegen die ultrarechten, faschistischen Kräfte, nicht aber gegen die große Masse des bündnisfähigen kleinen und mittleren Bürgertums gerichtet werden muß. Die Umbildung des Kabinetts war Ausdruck der neuen, durch eine selbstkritische Analyse eingeleiteten Etappe.

...hören Sie mal rot! „pläne“

1933-1963

LIEDER DES EUROPÄISCHEN WIDERSTANDES GEGEN DEN FASCHISMUS

Chöre und Solisten aus vielen
Ländern30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Best.-Nr. 55 201, DM 22.--

STREIK

A la calle

neue Widerstandslieder aus
Spanien mit Juan & José30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Best.-Nr. 55 501, DM 22.--

GUANYAREM!

WIR WERDEN SIEGEN !

Juan & Jose

30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Best.-Nr. 55 101, DM 22.--

KÄMPFENDES AFRIKA

Widerstandslieder aus Afrika
gesungen von südafrikanischen
Studenten30-cm-LP, stereo, m.Textbeilage
Best.-Nr. 55 401, DM 22.--

VIETNAM

Floh de Cologne
& Dieter Süverkrüp30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33 101, DM 22.--

MIKIS THEODORAKIS:

ICH RUFE ZUM KAMPF!

Dora Giannakopoulou (Gesang)

30-cm-LP, stereo, m.Textbeilage
Best.-Nr. 55 110, DM 22.--

DE UNA VEZ

Lieder der dritten Welt

für eine einzige Welt

von Ali Primera

30-cm-LP, stereo, m.Textbeilage
Best.-Nr. 88 106, DM 22.--

C H I L E

Quilapayun

Lieder aus Chile

30-cm-LP, stereo, m.Textbeilage
Best.-Nr. 88 105, DM 22.--

Verlag "Pläne" GmbH

46 Dortmund, Ruhrallee 62



DRV

Truong Chinh ist Präsident der Volkskammer und Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen Vietnams.

Der nachstehende Text ist seiner Rede, die er auf dem diesjährigen 3. Kongreß der Vaterländischen Front Vietnams hielt, entnommen. Er charakterisiert die fundamentale Rolle der Nationalen Front als einem breiten Klassenbündnis beim Kampf um die nationale Unabhängigkeit sowie die sich aus dem Aufbau des Sozialismus in der DRV ergebenden Veränderungen des Charakters der Front und ihrer Aufgaben.

Truong Chinh:

Die gegenwärtige Arbeit der Front

[...]

ROLLE UND CHARAKTER DER NATIONALEN EINHEITS- FRONT IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE DER REVOLUTION

Die Erfolge der vietnamesischen Revolution in mehr als 40 Jahren wurden von vielen Faktoren entschieden. Davon ist der wichtigste Faktor die Existenz einer wahren marxistisch-leninistischen Partei, die die Revolution führt. Hinzu kommen andere Faktoren: das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, die antiimperialistische nationale Einheitsfront, die bewaffneten Volkskräfte, die internationale Solidarität usw.

Seit 1930 gab es in der Geschichte der vietnamesischen Revolution keinen Zeitraum, in der die Organisation der Front fehlte. Der ruhmreiche Sieg der Augustrevolution - die Revolution, mit der die Demokratische Republik Vietnam gegründet und die Zeit der Unabhängigkeit, Freiheit und des Glückes der Nation eingeleitet wurde - war mit der Viet-Minh-Front fest verbunden. Die Leistungen der Viet-Minh-Front waren die Fortsetzung der revolutionären Aktivitäten, welche von der Antiimperialistischen Allianz (1930-1936) und der Demokratischen Front Indochinas (1936-1939) vorbereitet worden waren. Die Augustrevolution hätte nicht gesiegt, wenn es vorher nicht die zwei großen Bewegungen - die Sowjetbewegung in Nghe An und Ha Tinh (1930-1931) und die Demokratische Bewegung (1936-1939) gegeben hätte. In diesen Bewegungen spielten die Antiimperialistische Allianz und die Demokratische Front Indochinas nacheinander ihre bedeutende Rolle. Die Lien-Viet-Front setzte die revolutionäre Sache der Viet-Minh-Front fort und leistete einen Beitrag zum großen

Sieg des Widerstandskampfes gegen die französischen Kolonialisten. Die Arbeit der Lien-Viet-Front wurde danach von der Vaterländischen Front Vietnams fortgesetzt, die im September 1955 gegründet wurde und die die große Aufgabe hat, die im Norden befreiten Schichten der Bevölkerung als Rückhalt der demokratischen Volksmacht zusammenzuschließen, die sozialistische Revolution im Norden siegreich durchzusetzen und gemeinsam mit der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams den Widerstandskampf gegen die USA-Aggression zur Rettung der Nation bis zum vollständigen Sieg zu führen. Die FNL, die in stürmischen revolutionären Bewegungen gegründet und entwickelt wurde, mobilisierte und mobilisiert alle Bevölkerungsschichten, damit sie den Widerstandskampf gegen die US-Aggression zur Rettung der Nation organisieren und die revolutionäre Macht in den befreiten Gebieten Südvietnams aufbauen. Die antiimperialistische nationale Einheitsfront spielte in der Geschichte der Revolution unseres Landes eine äußerst wichtige Rolle. Sie ist eine der Faktoren für den Sieg der Revolution und eine unabdingbare politische Waffe, mit der unser Volk im Kampf zum Sturz des Feindes der Nation, zur Erlangung der Unabhängigkeit und Freiheit und zur Schaffung eines neuen Lebens seine volle Kraft entfaltet.

Wir wissen, daß die Bevölkerungszahl und das Territorium unseres Landes Vietnam nicht groß sind. Im Verlaufe seiner tausendjährigen ruhmreichen Geschichte mußte unser Volk ständig gegen ausländische Aggressoren kämpfen, um zu existieren und sich zu entwickeln. Deshalb besaß es sehr früh das Bewußtsein der Geschlossenheit. Angesichts einer Aggression hat es unser Volk im Hinblick auf die Klassenwidersprüche im eigenen Land oft verstanden, notwendige Kompromisse zu schließen, um seine Kraft auf das Aufhalten und die vollständige Vertreibung des Aggressors zu konzentrieren.

Im Verlaufe des langen Kampfes ist die Kampfsolidarität zu einer außerordentlich wertvollen und festen Tradition unserer Nation geworden.

Als die Imperialisten unser Land angriffen, traten sie die Interessen unseres Volkes mit Füßen und unterdrückten unsere ganze Nation. Unsere Nation, die eine mehr als viertausend Jahre lange Geschichte des Aufbaus und der Verteidigung des Landes unter entbehrungsvollen und äußerst schwierigen Bedingungen hat, die gründlich kennenlernte, was Unabhängigkeit und Freiheit und was Elend und Schande eines unterdrückten Landes bedeuten, und die die Bedeutung des Sprichwortes "Einheit heißt

Leben und Spaltung heißt Tod" zutiefst begriff, stand deshalb Schulter an Schulter wie ein Mann im Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit und "fand sich nicht ab, das Vaterland zu verlieren und als Sklave zu leben".¹⁾

Das verfaulte und überholte Feudalregime unterdrückte und beutete nicht nur die Bauern unseres Landes rücksichtslos aus, sondern es behinderte auch ernsthaft die Entwicklung unserer Nation. Es wurde zu einem Feind der ganzen Nation und nicht nur der Bauern. Als die französischen Imperialisten unser Land raubten, existierte eine enge Komplizenschaft zuerst mit einem Teil der feudalen Landbesitzer und danach mit allen Teilen dieser Klasse, die sie als Stütze für ihr Regime benutzten. Unser Volk wurde sowohl von den Imperialisten als auch von den Feudalherren unterdrückt und ausgebeutet. Das war die objektive Basis für eine gegen die imperialistischen Landräuber und die landesverräterischen Lakaien gerichtete breite nationale Einheitsfront.

In Südvietnam haben heute die US-Imperialisten und ihre Lakaien - die Kompradorenbourgeoisie und die reaktionärsten Landbesitzer und Feudalherren in Südvietnam, deren Vertreter Nguyen Van Thieu ist, durch den äußerst erbitterten und grausamen Krieg gegen unser Volk ein starkes nationales Bewußtsein unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung geweckt, einschließlich einer Reihe derjenigen, die zwar im Apparat der Marionettenverwaltung arbeiten, jedoch Verbindungen mit den Massen haben und noch willens sind, als Bürger eines unabhängigen Landes leben zu wollen. Die US-Thieu-Clique, die sich in der Sackgasse befindet, schlägt wütend um sich. Um so mehr Möglichkeiten werden für die Vergrößerung der Reihen der nationalen Einheitsfront bzw. die breite Aktionseinheit aller gesellschaftlichen Kräfte, Parteien, Gruppen und Personen geschaffen, die mehr oder weniger im Widerspruch zu den aggressiven US-Imperialisten und ihren Lakaien stehen.

Um die oben angeführte Möglichkeit in die Wirklichkeit umzusetzen und eine breite Vereinigung der gesellschaftlichen Klassen und

Bevölkerungsschichten in der nationalen Einheitsfront zu sichern, ist es von entscheidender Bedeutung, die führende Rolle der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Arbeiter- und - Bauern-Bündnisses zu gewährleisten. Die Arbeiterklasse führt die Front. Das ist eine objektive Notwendigkeit der Revolution unseres Landes und zahlreicher anderer Länder in der gegenwärtigen Epoche. Es ist kein Zufall und auch nicht subjektiv bestimmt, daß die Geschichte der Revolution Vietnams der

Arbeiterklasse unseres Landes die Mission auferlegt, die nationale volksdemokratische Revolution zu führen. Wir wissen, daß die Frage der Nation und der Demokratie immer einen konkreten klassenmäßigen Inhalt hat. Die Klasse - und nur die Klasse -, die die nationalen und demokratischen Interessen der Volksmassen am besten vertritt, ist in der Lage, die nationale volksdemokratische Einheitsfront zu führen.

Die Weltgeschichte hat uns bewiesen, daß die Bourgeoisie, als sie in der feudalen Gesellschaft noch eine fortschrittliche Klasse darstellte, die nationalen und demokratischen Interessen der Volksmassen vertrat. Deshalb war sie damals die einzige Klasse, die in der Lage war, die Revolution zu führen, die feudale Gesellschaftsordnung zu stürzen, die nationale Einheit und die bürgerliche Demokratie zu verwirklichen und an der Spitze der antifeudalen Front zu stehen, die alle Klassen und Schichten der Bevölkerung umfaßte. Die am Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich durchgeführte bürgerliche demokratische Revolution brachte das deutlich zum Ausdruck.

In der Periode des Imperialismus, besonders seit der Oktoberrevolution in Rußland, die eine völlig neue Epoche in der Geschichte der Menschheit einleitete - die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab - hat sich die Lage völlig geändert. Die Arbeiterklasse ist zu einer Klasse geworden, die im Mittelpunkt der neuen Epoche steht. Sie vertritt am besten die nationalen und demokratischen Interessen und ist die einzige Klasse, die in der Lage ist, die nationale demokratische Revolution bis zum vollständigen Sieg zu führen. Deshalb ist nur die Arbeiterklasse in der Lage, an der Spitze der gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer gerichteten nationalen Einheitsfront zu stehen.

Früher bedeutete der Sieg der von der Bourgeoisie geführten bürgerlich-demokratischen Revolution einen Sieg des Kapitalismus über die feudale Gesellschaftsordnung, einen Sieg des bürgerlichen Nationalismus und der bürgerlichen Demokratie. In der gegenwärtigen Epoche bedeutet der Sieg der von der Arbeiterklasse geführten nationalen demokratischen Revolution nicht nur einen Sieg der Nation über den Imperialismus und einen Sieg des Volkes über die feudale Gesellschaftsordnung, sondern er ist der erste Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus, die Voraussetzung der sozialistischen Revolution, die Voraussetzung der Bildung der sozialistischen

Nation und der sich bereits herausbildenden sozialistischen Demokratie. In dieser Epoche kann nur durch das Voranschreiten zum Sozialismus die Frage der nationalen Unabhängigkeit und die Frage der Demokratie für das Volk tatsächlich konsequent gelöst werden. Heute kann die nationale Unabhängigkeit und die Volksdemokratie nicht vom Sozialismus getrennt werden. Die nationale volksdemokratische Revolution ist die Voraussetzung der sozialistischen Revolution, der Übergang zur sozialistischen Revolution. Deshalb muß die nationale Einheitsfront bereits in der Etappe der nationalen volksdemokratischen Revolution von der Arbeiterklasse geführt werden.

Durch ihre Partei führt die Arbeiterklasse die Front. Innerhalb der Front ist die Partei der Arbeiterklasse gleichberechtigter Partner der befreundeten Parteien, und ihre führende Rolle wird von den anderen Mitgliedern der Front freiwillig anerkannt.

Präsident Ho Chi Minh sagte:

"Die Partei kann von der Front nicht fordern, ihre führende Rolle anzuerkennen, sondern sie muß sich als das treueste, aktivste und aufrichtigste Mitglied erweisen. Nur wenn die Massen im Kampf und bei der täglichen Arbeit die richtige Politik und die Führungsfähigkeit der Partei anerkennen, kann die Partei ihre führende Stellung einnehmen."²⁾

In der nationalen volksdemokratischen Revolution, die in unserem Land stattfindet, hat die nationale Einheitsfront zwei strategische Aufgaben zu erfüllen: Kampf gegen den Imperialismus und Kampf gegen den Feudalismus. Diese Front muß sich unbedingt auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern stützen, denn die absolute Mehrheit der Bevölkerung sind Arbeiter und Bauern, und sie waren unter dem alten Regime die am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und waren am revolutionärsten. Ohne das Arbeiter- und Bauern-Bündnis können sich die anderen Bevölkerungsschichten zur Gründung einer breiten nationalen Einheitsfront nicht vereinigen. Durch die Verwirklichung des Arbeiter- und Bauern-Bündnisses kann die Arbeiterklasse in der Front die führende Rolle spielen.

Die nationale Bourgeoisie in Vietnam konnte die Bauernfrage - Grundbestandteil der nationalen Frage - und die Bodenfrage - die wesentliche Frage der demokratischen Revolution - nicht lösen. Gerade deshalb konnte sie sich mit der Bauernschaft, die 90% der Bevölkerung ausmacht, nicht vereinigen, die nationale Einheitsfront nicht verwirklichen und die na-

tionale demokratische Revolution nicht führen. Im Gegensatz dazu konnte sich die Arbeiterklasse, die die Bauernfrage richtig löste und in der nationalen volksdemokratischen Revolution das Banner "Unabhängigkeit der Nation - die Felder der Bauern" hochhielt, mit den Massen der Bauernschaft vereinigen, das Arbeiter- und-Bauern-Bündnis verwirklichen und dadurch die Grundlage für die Herausbildung des großen Zusammenschlusses des ganzen Volkes in der nationalen Einheitsfront schaffen. Die Entwicklung und Festigung der nationalen Einheitsfront entsprach vor allem dem Verlauf der ständigen Stärkung des Arbeiter- und-Bauern-Bündnisses unter der Führung der Arbeiterklasse.

Die Betonung der Notwendigkeit der Stärkung des Arbeiter- und-Bauern-Bündnisses steht nicht im Widerspruch zu der Notwendigkeit der ständigen Erweiterung der Front. Im Gegenteil kann die Front nur erweitert und gefestigt werden, wenn sie sich fest auf die Grundlage des Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses stützt. Umgekehrt steht die Betonung der Notwendigkeit der Erweiterung der Front auch nicht im Widerspruch zu der Festigung des Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses, denn je mehr die Front erweitert wird, desto fester und stärker wird das Arbeiter-und-Bauern-Bündnis.

Liebe Genossen und Freunde!

In mehr als 10 Jahren hat es in der Gesellschaft des Nordens unseres Landes sehr tiefgreifende Veränderungen gegeben. Welches Merkmal war am typischsten für die Veränderungen? Das war die schrittweise Schaffung und Entwicklung der neuen Wirtschaft, der neuen politischen Gesellschaftsordnung und des neuen Menschen. Das ist das komplexe Ergebnis der drei gleichzeitig unter der volksdemokratischen Diktatur, die die historische Aufgabe der proletarischen Diktatur erfüllt, durchgeführten Revolutionen, die Revolution der Produktionsverhältnisse, die technische Revolution und die ideologische und kulturelle Revolution, wobei die technische Revolution die Schlüsselposition einnimmt. Diese drei Revolutionen sind darauf gerichtet, den Norden zum Sozialismus zu führen, die wirtschaftlichen und militärischen Potenzen des Nordens zu entwickeln und den vollständigen Sieg über die US-Aggressoren und ihre Lakaien zu sichern.

Dies wäre nicht möglich, wenn die oben angeführten Veränderungen keinen Widerhall in der nationalen Einheitsfront gefunden und keine neuen Faktoren gebracht hätten: Zuerst gab es an der Basis und den Bestandteilen der Front wesentliche Veränderungen. Früher war

die Basis der Front das Bündnis der Arbeiterklasse und der Einzelbauern. Heute gilt weiter das Bündnis der Arbeiter und Bauern, hier handelt es sich jedoch um das Bündnis zwischen der gewachsenen und den sozialistischen Staat führenden Arbeiterklasse und den in den LPG organisierten Genossenschaftsbauern. Früher gab es in der Front eine kleine Anzahl von Intellektuellen, die die alte Gesellschaftsordnung hinterlassen hatte. Aber heute gibt es eine ganze Reihe von neuen, sozialistischen Intellektuellen, die aus der Klasse der Arbeiter und Bauern stammen. Diese Intelligenz entwickelte sich und wächst immer schneller. Früher gab es in der Front noch Angehörige der Ausbeuterklasse. Heute ist die Ausbeuterklasse beseitigt worden. Ihre Angehörigen befinden sich gegenwärtig im Prozeß der Umerziehung und in der Praxis beteiligen sich viele von ihnen direkt an der Arbeit.³⁾ Früher, als in unserem Land die nationale Einheitsfront gegründet wurde, schlossen sich alle Bevölkerungsgruppen im Kampf gegen den Imperialismus zusammen. Aber damals existierte noch die Klasse der Grundbesitzer und Feudalherren, die stets die Komplizen der Imperialisten waren, und zwischen den Bevölkerungsgruppen Vorurteile und Rachegefühle hervorriefen. Heute sind die Imperialisten, Grundbesitzer und Feudalherren im Norden vernichtet worden. Die Bevölkerungsgruppen kommen einander immer näher und beseitigen Zwistigkeiten gemeinsam. Sie vereinigen sich in der Vaterländischen Front Vietnams, um gegen die US-Aggressoren und ihre Marionetten zu kämpfen und ein neues Leben aufzubauen.

Mit diesen Veränderungen ist die Vaterländische Front Vietnams ihrem Wesen nach zu einer Front der Werktätigen geworden, die körperliche und geistige Arbeit leisten.

Parallel zu den Fortschritten der Revolution nahm auch der Charakter der Front eine neue Entwicklung. Früher war die nationale Einheitsfront die antiimperialistische und antifeudalistische Front, die Front der Patrioten, die für eine demokratische Ordnung sind. Seitdem der Norden in die Übergangsperiode zum Sozialismus eintrat, ist unsere nationale Einheitsfront die Front des Patriotismus und der Verbundenheit mit dem Sozialismus geworden (dies bedeutet Verbundenheit mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen, der sozialistischen demokratischen Gesellschaftsordnung, der Arbeit, der sozialistischen Moral usw.). Der Patriotismus und die Hingabe zum Sozialismus sind zur Zeit das hohe Ideal und der Inhalt der tiefen Gefühle jedes Mitgliedes der Vaterländischen Front

geworden. Im Widerstandskampf gegen die französischen Kolonialisten fand der Bündnischarakter der Front seinen Ausdruck in den Verhandlungen zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Mitglieder der Front auf der Basis des einen Hauptinteresses: nämlich der Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Volksdemokratie. Zur Zeit findet der Bündnischarakter der Front darin seinen Ausdruck, daß die Mitglieder der Front gemeinsam beraten und verhandeln, nicht nur um die nationale Unabhängigkeit zu erringen und zu erhalten, sondern auch um das Vaterland zu einem sozialistischen Land mit einer modernen Industrie und Landwirtschaft, einer fortschrittlichen Kultur und Wissenschaft auf der Grundlage des Volkseigentums an den Hauptproduktionsmitteln und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließen, aufzubauen.

Da sich der Charakter der Front geändert hat, bleibt auch der Inhalt der Arbeit der Front nicht völlig unverändert. In der Etappe der nationalen volksdemokratischen Revolution in unserem Land findet die Politik der Front in folgenden Problemen ihren wesentlichen Niederschlag: Eroberung der Macht und Aufbau einer republikanischen demokratischen Ordnung, Widerstandskampf gegen die ausländischen Aggressoren und Durchführung der Bodenreform. In der gegenwärtigen Etappe der Revolution findet die Politik der Front nicht nur in der Aufgabe der Festigung der Macht der volksdemokratischen Diktatur zur Erfüllung der historischen Aufgaben der Diktatur des Proletariats und der Aufgaben des Widerstandskampfes gegen die USA zur Rettung der Nation ihren Ausdruck, sondern auch in den politischen Maßnahmen zur Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, zur Durchsetzung der technischen Revolution und der ideologischen und kulturellen Revolution und zur Heranbildung und Weiterbildung neuer sozialistischer Menschen usw. Wenn diese politischen Maßnahmen nicht gründlich begriffen werden, kann der Inhalt der Arbeit der Front - angefangen von der Vereinigung aller Schichten der Bevölkerung, aller Nationalitäten und Religionen und vom Zusammenschluß der Christen und Buddhisten bis zur Mithilfe bei der weiteren Umerziehung der ehemaligen Angehörigen der Ausbeuterklasse zu werktätigen Menschen, von der Auswahl und Delegierung würdiger Personen zu Kandidaten der Nationalversammlung und der Volksvertretungen der verschiedenen Ebenen bis zur Förderung der Massen der Bevölkerung beim Wettbewerb zur Erfüllung des Staatsplanes usw. - den Anfor-

derungen der Revolution in der gegenwärtigen Etappe nicht gerecht werden.

Die nationale Einheitsfront ist eine Organisation, die gleichzeitig den Charakter des Klassenbündnisses und Massencharakter trägt. Die nationale Einheitsfront setzt sich aus mehreren Parteien, Organisationen, Klassen, Schichten und Persönlichkeiten zusammen. Zwischen den Mitgliedern der Front ist die Einstimmigkeit das Wesentliche. Es ist jedoch unvermeidlich, daß es zu bestimmten Zeitpunkten und an bestimmten Orten unterschiedliche Meinungen über konkrete Fragen der Revolution gibt. Um die Unstimmigkeiten innerhalb der nationalen Einheitsfront zu klären, stützt sich die Arbeit unserer Front auf fünf Prinzipien:

- Meinungsaustausch
- Demokratie
- Aktionseinheit
- gegenseitige Achtung und ehrliche Zusammenarbeit
- gegenseitige Hilfe, um gemeinsam Fortschritte zu erzielen.

Wenn es um Probleme geht, die mit dem Schicksal der Nation, mit den Staatsplänen und mit dem Leben des Volkes in Zusammenhang stehen, werden die Mitglieder der Front offen ihre Meinungen äußern, sich miteinander zwanglos auseinandersetzen, freimütig Kritik und Selbstkritik üben, einander dabei helfen, Recht und Unrecht zu erkennen, gemeinsam zu einem einstimmigen Urteil gelangen und freiwillig entsprechend dem gemeinsamen Programm einheitlich handeln. Es ist absolut unzulässig, in Zwangsmethoden oder Befehlsmanieren zu verfallen.

Aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Front, ihres Charakters und des Inhalts ihrer Arbeit hat in den letzten Jahren der Bündnis- und Massencharakter der Front einen neuen Inhalt erhalten. Die Übereinstimmung in der Front verstärkte sich immer mehr; deshalb ist es notwendig, die Arbeit der Front - auf der Grundlage der fünf bisherigen Prinzipien - bezüglich ihres Sinnes und Inhaltes weiter zu entwickeln und zu ergänzen, damit sie der neuen Situation entspricht. Nur dadurch kann die Wirkung dieser fünf Prinzipien voll entfaltet und damit ein aktiver Beitrag zur Festigung, Verstärkung und Entwicklung der Front geleistet werden.

Ich schlage vor, daß wir nach diesem Kongreß der Front die Veränderungen innerhalb der Vaterländischen Front Vietnams analysieren und studieren, um daraus Schlußfolgerungen

gen für die praktische Arbeit der Front zu ziehen. Wenn das geschieht, wird die Orientierung der Front in der Zukunft noch klarer, konkreter und realer sein.

Liebe Genossen und Freunde!

In den letzten Jahren, da beim Aufbau des Sozialismus große Erfolge errungen wurden und die politische und moralische Einheit zum wesentlichen Aspekt der Gesellschaft im Norden geworden ist, glaubten einige, daß der Arbeitsbereich der Front verkleinert und die Rolle der Front vermindert wird. Es gab sogar einzelne, die glaubten, daß die Front selbst auch nicht mehr erforderlich sei. Solche Gedanken sind falsch.

Lenin sagte:

"Die Diktatur des Proletariats ist eine besondere Form des Bündnisses des Proletariats, der Avantgarde der Werktätigen, mit den breiten Schichten der nichtproletarischen Werktätigen (Kleinbürger, Kleinbesitzer, Bauern, Angehörige der Intelligenz usw. ..) oder mit dem größten Teil dieser Schichten. Das Ziel dieses Bündnisses ist darauf gerichtet, die Kapitalisten vollständig zu stürzen, den Widerstand der Bourgeoisie und deren Pläne zur Wiederherstellung ihrer Position vollständig zu zerschlagen sowie den Sozialismus für immer aufzubauen und zu entwickeln."

Je mehr sich der Sozialismus entwickelt, desto mehr wird die Front erweitert und gefestigt. Je mehr glänzende Erfolge der Sozialismus, die entwickeltste Gesellschaftsordnung in der Geschichte der Menschheit, erringt, desto tiefer ist seine Wirkung auf die Gedanken und Gefühle der Menschen, desto stärker ist seine Anziehungskraft und desto besser ist er in der Lage, das Herz und den Verstand von Millionen und aber Millionen Menschen zu erobern, so daß die Zahl der Menschen immer größer wird, die sich mit dem Sozialismus und mit der Front verbunden fühlen.

Außerdem ist der Aufbau des Sozialismus im Norden keine Aktion eines Einzelnen, sondern das schöpferische Werk von Millionen Werktätigen. Um dieses Schöpferium und Selbstbewußtsein zu entwickeln und um die unendliche Kraft der Massen der werktätigen Bevölkerung im Dienste der erhabenen Sache des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus zu mobilisieren, müssen wir auf die Mobilisierung der Massen und die Arbeit der Front besonderen Wert legen. Unsere Partei versteht zutiefst die Lehre Lenins über die Gefahr, daß eine Partei nach der Eroberung der Macht allmählich bürokratisch, der Masse fremd, willkürlich, subjektiv, selbstzufrieden werden kann, die Macht mißbrauchen und gegen die Interes-

sen der Masse handeln kann, wenn sie sich nicht weiter entwickelt. Unsere Partei verurteilt oft die Erscheinungen der Bürokratie und des Kommandierens und tritt ständig gegen sie auf. Diese Verurteilung ist ihrem wahren Wesen nach ein Kampf gegen die Vernachlässigung der Massenarbeit, der Überzeugungsarbeit unter dem Volk und der Arbeit der Front.

In der gegenwärtigen Gesellschaft des Nordens gibt es keine Ausbeuterklasse mehr. Es gibt jedoch noch verschiedene Klassen und Schichten der Werktätigen: die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die sozialistische Intelligenz. Es gibt noch Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern sowie zwischen den körperlich und den geistig arbeitenden Werktätigen. Es dauert noch lange, bis unsere Gesellschaft eine kommunistische Gesellschaft wird, in der nicht mehr verschiedene Klassen existieren. Obwohl bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, des Handwerks sowie der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels entscheidende Erfolge errungen wurden, ist die weitere Umerziehung der ehemaligen Ausbeuter zu sozialistischen Werktätigen sowie die weitere Umerziehung der kleinen Produzenten zu kollektiven, disziplinierten und die Technik beherrschenden Werktätigen eine langwierige Arbeit. Wir schreiten aus einer kleinen und zersplitterten Produktion direkt zum Sozialismus voran, ohne die Etappe der kapitalistischen Entwicklung zu erleben. Die materiell-technische Basis des Sozialismus ist in unserem Lande noch klein. Jede Klasse und jede gesellschaftliche Schicht im Norden birgt noch ideologische Überreste der alten Gesellschaft in sich. Es ist erforderlich, diese Klassen und Schichten weiterhin so zu fördern, zu mobilisieren und zu erziehen, daß sie alle die von der Partei der Werktätigen Vietnams und vom Staatsapparat der Demokratischen Republik Vietnam festgelegten Aufgaben erfüllen und politische Maßnahmen und Gesetze strikt einhalten. Es gilt, sie zu ermutigen, am Wettbewerb in der produktiven Arbeit teilzunehmen und Sparsamkeit zu üben, um damit einen aktiven Beitrag zur optimalen Erfüllung des Staatsplanes zu leisten. Die Vaterländische Front Vietnams ist die notwendige Allianz zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Werktätigen beim gemeinsamen Aufbau einer neuen Gesellschaft. Der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg zur endgültigen Lösung der Frage "Wer-Wen" geht weiter.

Die Front und die Mitglieder der Front müssen weiterhin eine aktive Rolle in diesem Kampf spielen. Nur dann kann die sozialistische Revolution, die die konsequenteste, tiefgreifendste und deshalb schwierigste und komplizierteste Revolution ist, im Norden unseres Landes vollendet werden.

Neben der Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus muß die Bevölkerung des Nordens unseres Landes Schulter an Schulter mit den Landsleuten im Süden den Widerstandskampf gegen die USA führen, um den Süden zu befreien, den Norden zu schützen und zur friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes voranzuschreiten. Die Vaterländische Front muß weiterhin eine aktive Rolle bei der Vereinigung des gesamten Volkes und bei der Mobilisierung der Kraft des Volkes spielen, um der heldenhaften Großen Front Hilfe zu leisten, die nationale Verteidigung durch das gesamte Volk zu verwirklichen, die Aufgaben im Kampf und für den Kampf gut zu erfüllen und folgende politische Maßnahmen des Hinterlandes gut durchzuführen: Politische und materielle Betreuung der Familien der Angehörigen der Armee, der Familien der Kriegsgefallenen sowie der Kriegsversehrten und kranken Soldaten usw.

Mehr als je zuvor ist gegenwärtig die gegen die US-Aggression gerichtete nationale Einheitsfront in Vietnam und die gegen die aggressiven US-Imperialisten gerichtete Einheitsfront der Völker Indochinas von besonders großer Bedeutung. Mehr als 20 Millionen Bürger des Nordens, die in der Vaterländischen Front Vietnams vereint sind, stehen Schulter an Schulter mit ihren in der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und der Allianz der nationalen, demokratischen und friedliebenden Kräfte Vietnams vereinigten 17 Millionen Landsleuten im Süden. Unsere Landsleute, das in der Patriotischen Front von Laos vereinigte laotische Volk und das in der Nationalen Einheitsfront Kambodschas vereinigte Khmer-Volk führen in jedem Lande Indochinas den heiligen Widerstandskampf gegen den gemeinsamen Feind, die aggressiven US-Imperialisten und ihre Lakaien. Wir müssen alle Kräfte unserer Nation voll entfalten, die Anstrengungen der Bevölkerung im Süden und Norden gut koordinieren, die gegenseitige Hilfe und Solidarität mit den Brudervölkern von Laos und Kambodscha verstärken und die Anteilnahme, Unterstützung und Hilfe der Völker der Länder unseres Lagers und der Völker der ganzen Welt gewinnen. Das ist eine feste Garantie für den endgültigen Sieg unseres Volkes im Widerstandskampf gegen die US-Aggression zur Ret-

tung der Nation.

Die Rolle der Front wird außerdem von einer weiteren wichtigen Aufgabe bestimmt: das Zusammenleben und die ständige Zusammenarbeit zwischen der Partei der Werktätigen Vietnams und den befreundeten Parteien, der Demokratischen Partei Vietnams und der Sozialistischen Partei Vietnams, mit dem Ziel, die revolutionären Aufgaben unseres Volkes im ganzen Lande zu erfüllen.

Die oben angeführten Punkte erläutern nicht nur die Notwendigkeit der Front, sondern auch die der ständigen Verstärkung und Erweiterung der Front unter den gegenwärtigen Bedingungen der Revolution unseres Landes.

[...]

Anmerkungen:

- 1) Aus dem Aufruf zum Widerstandskampf an das Volk, von Ho Chi Minh vom 20. 12. 1946
- 2) Aus dem Bericht von Nguyen Ai Quoc (Ho Chi Minh) von Juli 1939 an die Komintern, in: Ho Chi Minh, Schriften (1920-1969), Hanoi 1971, S. 38
- 3) Da es hier und da in unserer Wirtschaftsführung, bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzgebung und der politisch-ideologischen Erziehung noch zu Fehlern kommt, gibt es zur Zeit auf dem Land und in den Städten des Nordens Personen, die andere in bestimmten Formen ausbeuten. Die Zahl dieser Personen ist aber nicht groß und das Ausmaß der Ausbeutung gering.

(Quelle: IIIe Congres du Front de la Partie du Viet Nam, Hanoi 1972)

Antimperialistisches
Informationsbulletin

10/72

bringt u.a.:

ISRAEL: Militärische u. ökonomische Zusammenarbeit mit Südafrika

SUDAN: Analyse der Situation durch die sudanesisch-kommunistische Partei

LATEINAMERIKA: wirtschaftliche Ausbeutung

In Kürze wird unser "Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Moçambiques" in aktualisierter Form neu erscheinen. Wir haben es so angelegt, daß alle, die sich im Kampf gegen die faschistische Kolonialmacht Portugal und ihre Unterstützung durch die Bundesrepublik engagieren, in die Lage versetzt werden, selbst als Referenten, Diskutanten oder Teilnehmer an Forumgesprächen aufzutreten. Zugleich verstehen wir dies als einen Beitrag zum Gelingen des für Januar 1973 geplanten Kongresses "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Moçambique", dessen Durchführung von einer Vielzahl verschiedener Gruppen und Organisationen, darunter auch dem AIB, unterstützt wird.



KURZ - INFORMATION

AFRIKA/EWG: In der Presse und der fortschrittlichen Öffentlichkeit afrikanischer Länder wird die "Zusammenarbeit" der EWG mit Ländern Afrikas als "kollektive neokolonialistische Schröpfung" bewertet. Das berichtet TASS-Korrespondent Juri Fedutinow aus Dakar. Er zitiert aus der senegalesischen Presse, die enthüllte, daß die EWG-Länder aus jedem als "Hilfe" an die Länder Afrikas gewährten Dollar mindestens drei Dollar Profit schlagen. Als Beispiel wird auch angeführt, daß die EWG-Länder ankündigten - zu einer Zeit, da in afrikanischen Ländern akuter Mangel an Lebensmitteln herrsche - Butter-"Überbestände"

zu vernichten, statt sie diesen Ländern anzubieten. Eine senegalesische Zeitung schrieb dazu: "Offenbar soll die Butter den Monopolen ebensolche Profite bringen, wie die Waffen, die von Westeuropa aus an die Rassistenregimes in Südafrika gehen."

Bezeichnend sei in diesem Zusammenhang auch der Außenhandel zwischen Senegal und EWG-Ländern: Die Importpreise für Waren aus Westeuropa stiegen 1971 um das Fünffache schneller als die Preise für Senegals traditionelle Exportwaren. (ND, 24.8.72)

ARGENTINIEN: Wie die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, haben die Ankündigung der Wahlen für März 1973, die Wiederzulassung der politischen Parteien (außer der Kommunistischen Partei) sowie ökonomische Zugeständnisse an das Proletariat weder zur erhofften Beruhigung der oppositionellen Kräfte in Argentinien noch zur Aufwertung der Militärjunta beigetragen. Der Überlegung Rechnung tragend, daß "eine Politik der Austerität mit einschneidenden Sparmaßnahmen" nur "von einer Regierung, hinter der die Mehrheit des ganzen Volkes steht" (FAZ vom 27.3.72) mit einigen Erfolgchancen unternommen werden kann, war es die Absicht von Junta-Präsident Lanusse, durch eine "große nationale Übereinkunft" alle bürgerlichen politischen Parteien einschließlich der Perónisten dazu zu bewegen, mit den Militärs gemeinsam ein Programm und einen Präsidentschaftskandidaten für die kommenden Wahlen auszuhandeln. Ansätze dazu finden sich in der bereits gegründeten "Hora del Pueblo" (Stunde des Volkes) - einem Zusammenschluß zur Vorbereitung des Wahlkampfes - der neben der bürgerlichen UCRP (Bürgerlich-radikale Union des Volkes) des ehemaligen Präsidenten Illia auch Perónisten angehören. Der Erfolg dieses Integrationsversuchs der Militärs hängt allerdings von der Einigung mit Perón ab, die bisher nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß Lanusse den perónistischen Gewerkschaften die Legitimation entzogen und ihre Bankkonten gesperrt hat, um das Auslandskapital und seine antiperónistischen Waffenbrüder zu beruhigen.

Durch die Schaffung einer "Frente Civica de Liberación Nacional (Bürgerfront zur nationalen Befreiung)" auf Initiative Peróns

wird die "große nationale Übereinkunft" im Sinne der Militärs noch mehr in Frage gestellt. "Die Perónisten und die anderen Parteien der Front (darunter diejenige des ehemaligen Präsidenten Frondizi) würden sich nicht zu Komplizen eines Manövers machen, das nichts anderes bezwecke, als ein volksfeindliches Regime zu verewigen." (FAZ vom 27.7.1972)

Die Erschießung von 16 unbewaffneten inhaftierten Guerilleros am 25. August dieses Jahres in einer Kaserne in Trelew hatte für Lanusse verheerende Auswirkungen: Das Massaker von Trelew löste eine Welle von Protesten und Demonstrationen aller Schichten der Bevölkerung gegen die Militärs aus. Eine Verhaftungswelle setzte ein, die nicht nur Arbeiter und Studenten betrifft, sondern sich bis auf die Streitkräfte erstreckt. Presse, Rundfunk und Fernsehen unterstehen der Zensur. Jeder Streik ist verboten. In Cordoba ist die Führung der perónistischen Gewerkschaften bereits in den Untergrund gegangen; ihre Zentrale wurde von Militärs besetzt. Die kompromißbereiten Gewerkschaftsführer werden durch den Druck der Basis gezwungen, in die Opposition zu gehen. (Hintergrundinformationen in AIB Nr.5/1972)

VIETNAM: Während US-Präsident Nixon versucht, durch immer neue Truppenabzugs-Meldungen der Welt einen Rückgang der US-Aggression in Vietnam vorzugaukeln, nimmt das von den US-Imperialisten eingesetzte Kriegsmaterial von Monat zu Monat zu. Nach übereinstimmenden Angaben des Außenministeriums der DRV und des japanischen Kriegsministeriums erhöhte sich allein von Ende 1971 bis einschließlich Juli 1972 die Anzahl

- + der taktischen US-Flugzeuge von 350 auf 1200,
- + der strategischen US-Bomber B 52 von 45 auf mehr als 200,
- + des Personals der US-Luftwaffe von 32.000 auf 65.000 Mann,
- + der US-Kriegsschiffe verschiedener Art von mehr als 20 Einheiten auf mehr als 60 Einheiten,
- + der Flugzeugträger von 2 Einheiten auf 6 bis 9 Einheiten,
- + des Personals der US-Marine von mehr als 15 000 auf 42 000 Mann,
- + der Luftangriffe auf die DRV von 538 (April 72) auf 2003 (Juni 1972),
- + der Lufteinsätze von 2300 (April 72) auf 7 292 (Juni 72).



Die barbarische Eskalation der US-Aggression in Vietnam spiegelt sich auch in einem Bericht des US-Wirtschaftsmagazins Business Week vom Juli 72 wider, in dem es heißt: "Nach Laird (dem US-Kriegsminister, d.R.) macht die Ausweitung des Krieges eine beträchtliche Erhöhung des 83,4 Milliarden Dollar-Militärhaushaltes erforderlich. Laird veranschlagte die zusätzlichen Kosten für die Eskalation auf drei bis fünf Milliarden Dollar". (Erklärung des DRV-Außenministeriums vom 27.7.1972 und Angaben des japanischen Kriegsministeriums, zit.n. FR vom 9.9.1972.)

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR = Frankfurter Rundschau
ND = Neues Deutschland



Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt: W.Breuer, G.Haberle, B.Hebel, J.Ostrowsky, M.Schweiker, B.Schwiening